

Akte: Strafbefehl – Ladendiebstahl und Fahrerflucht

strafbefehl-ladendiebstahl-fahrerflucht

Etwa zwei Wochen später, am 02. April 2026, parkt Samira Albrecht auf dem Parkdeck des Einkaufszentrums Arcaden Benrath. Beim Ausparken soll ihr Fahrzeug (Kennzeichen D-SK 3847) das daneben stehende Fahrzeug der Martina Fröhlich (VW Golf VIII, D-MT 7712) an der hinteren linken Stoßstange gestreift haben, Schaden: 1.180 EUR. Samira Albrecht bemerkt nach eigenen Angaben nichts und fährt davon. Eine

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

Inhaltsverzeichnis

Teil	Inhalt
Teil 1	Aktenstücke (Markdown) (16)
Teil 2	Word-Dokumente (4)

Aktenstücke (Markdown)

Datei: 01_mandatsaufnahme_telefonnotiz.md

Telefonnotiz – Erstkontakt Mandantin Albrecht

> **Kanzlei Mertens & Partner, Rechtsanwälte** > Königsallee 47 · 40212 Düsseldorf > Tel. 0211 / 88 44 20-0 · Fax 0211 / 88 44 20-99 > info@mertens-partner-ra.de

Feld	Inhalt
Notiz-Nr.	TN-2026-0312
Datum	Dienstag, 19. Mai 2026
Uhrzeit	18:32 Uhr
Dauer	ca. 22 Minuten
Gesprächspartnerin	Samira Albrecht, geb. 14.03.1991
Erreichbarkeit	0173 / 649 37 18
Verfasser	RAin Petra Mertens
Wiedervorlage	20.05.2026, 09:00 Uhr (FRIST-KRITISCH)

Sachverhalt nach Schilderung der Anruferin

Frau Samira Albrecht meldete sich um 18:32 Uhr aufgewühlt und mit weinlicher Stimme. Sie gab an, sie habe heute Abend beim Öffnen des Briefkastens einen amtlichen Umschlag entdeckt, den sie zunächst als Werbung beiseitegelegt hatte. Erst beim zweiten Durchsehen des Stapels fiel ihr der gelbe Einschreibe-Umschlag des Amtsgerichts Düsseldorf auf. Der Strafbefehl sei bereits vor mehreren Tagen eingetroffen – sie könne nicht mit Sicherheit sagen, wann genau, da sie in der vergangenen Woche viel gearbeitet habe.

Frau Albrecht ist von Beruf medizinische Fachangestellte bei der Gemeinschaftspraxis Dr. Halberg & Partner in Düsseldorf-Benrath. Sie befindet sich seit dem 01.04.2026 in einer neuen Arbeitsstelle und ist noch in der sechsmonatigen Probezeit. Sie lebt allein mit ihrer acht Jahre alten Tochter Lena und ist auf ihren Führerschein angewiesen, da sie ihre Tochter täglich zur Schule bringt und die Praxis mit öffentlichen Mitteln nur mit erheblichem Mehraufwand erreichbar wäre.

Angaben zu den Tatvorwürfen

Zum Ladendiebstahl: Frau Albrecht schilderte, dass sie Mitte März 2026 in der Drogerie "Beauté & Co" am Düsseldorfer Hauptbahnhof gewesen sei. Sie habe mehrere Artikel in der Hand gehalten und sei, wie sie sagte, "im Kopf ganz woanders" gewesen, weil ihre Tochter an diesem Tag krank war und sie eigentlich gar nicht hätte einkaufen sollen. Sie habe einen Lippenstift und eine Handcreme in der Manteltasche gehabt – bewusst oder unbewusst, daran könne sie sich nicht mehr erinnern. An der Kasse habe sie die anderen Waren bezahlt. Beim Verlassen des Geschäfts sei sie von einem Mann angesprochen worden (dem Ladendetektiv), der sie zurück in das Büro gebeten habe. Dort habe sie die Waren sofort aus der Tasche genommen, die Artikel zurückgegeben und sich mehrfach entschuldigt. Die

Polizei sei dann gerufen worden, und sie habe eine Belehrung erhalten, aber keine Aussage gemacht – das bestätigte sie auf Nachfrage explizit: "Ich habe nichts unterschrieben, zumindest meine ich das."

Zur Unfallflucht: Etwa zwei Wochen nach dem Ladendiebstahl-Vorfall, sie glaube Ende März oder Anfang April 2026, sei sie auf dem Parkdeck des Einkaufszentrums Arcaden Benrath gefahren und beim Einparken möglicherweise an ein anderes Fahrzeug gestoßen. Sie hat nach eigener Aussage nichts gespürt oder gehört. Als ihr Freund sie dann abends erwähnte, er habe gehört, dass auf dem Parkplatz ein Zettel hinterlassen worden sei, habe sie keine Vorstellung gehabt, ob das mit ihr zusammenhängen könnte. Etwa eine Woche später habe sie Post von der Polizei bekommen – einen Zeugenfragebogen, den sie nicht beantwortet habe, da sie nicht sicher war, ob sie überhaupt beteiligt war.

Angaben zur persönlichen Situation

- **Beruf:** Medizinische Fachangestellte, seit 01.04.2026 in Probezeit
- **Arbeitgeber:** Gemeinschaftspraxis Dr. Halberg & Partner, Düsseldorf-Benrath
- **Einkommen:** ca. 1.780 EUR netto/Monat (Eigenschätzung)
- **Unterhaltspflichten:** Tochter Lena, 8 Jahre, im gemeinsamen Haushalt
- **Wohnsituation:** Mieterin, Miete ca. 740 EUR warm
- **Fahrerlaubnis:** Klasse B seit 2015, kein vorhandener Punktestand bekannt
- **Vorstrafen:** Nach eigenen Angaben keine

Frau Albrecht äußerte ausdrücklich die Sorge, dass ein Eintrag im Bundeszentralregister oder ein Fahrverbot zu ihrer Kündigung in der Probezeit führen könnte. Ihr Arbeitgeber verlange alle zwei Jahre ein erweitertes Führungszeugnis. Die Geldstrafe belaste sie auch finanziell erheblich.

Rechtliche Erste-Einschätzung (intern, vorläufig)

1. **Fristlage kritisch:** Strafbefehl vom 08.05.2026, mutmaßliche Zustellung 10.05.2026 (Sonntag – tatsächliche Zustellung im Wege PZU zu prüfen). Einspruchsfrist 2 Wochen ab Zustellung (§ 410 Abs. 1 StPO). Fristende rechnerisch: **24.05.2026 (Sonntag)** → Verlängerung auf **Montag, 25.05.2026** (§ 43 Abs. 2 StPO). **Verbleibende Frist: ca. 6 Werktage ab heute.** Einspruch muss unbedingt sofort eingelegt werden, ohne Begründung.
2. **Strafbefehlsinhalt:** 60 Tagessätze à 55 EUR = Gesamtgeldstrafe 3.300 EUR + 1 Monat Fahrverbot. Diese Eintragung würde ins BZR aufgenommen und im Führungszeugnis erscheinen (§ 32 Abs. 2 Nr. 5 BZRG). Damit wäre der Arbeitgeber informiert, sobald das nächste Führungszeugnis verlangt wird.
3. **Tagessatzhöhe:** 55 EUR/Tag bei netto 1.780 EUR mit einem unterhaltsberechtigten Kind erscheint überhöht. Richtwert: Monatsnetto geteilt durch 30, Abzug für Unterhaltsverpflichtungen möglich. Anpassungsantrag vorzubereiten.
4. **§ 248a StGB (geringwertiger Diebstahl):** Warenwert 47,80 EUR liegt im Grenzbereich, der als geringwertig gilt. Einstellung nach §§ 153, 153a StPO gut argumentierbar bei Ersttäterin, vollständiger Rückgabe und Entschuldigung.
5. **§ 142 StGB (unerlaubtes Entfernen vom Unfallort):** Subjektiver Tatbestand (Kenntnis vom Unfall) streitig. Einlassung erst nach Akteneinsicht sinnvoll. Parkhausvideo und Schadenshöhe zu prüfen.

Sofortmaßnahmen / Checkliste

- [x] Mandantin über Frist und Soforteinspruch belehrt

- [] Vollmacht per E-Mail vorab zusenden lassen (Scan genügt)
- [] Original-Strafbefehl und gelben Umschlag (Rückseite!) einscannen und einreichen lassen
- [] Gehaltsabrechnungen der letzten drei Monate anfordern
- [] Fahrerlaubnisdaten (Karteikarte Fahrerlaubnisbehörde) anfordern
- [] Einspruch unbeschränkt einlegen (noch heute oder spätestens morgen früh)
- [] Akteneinsichtsantrag bei StA Düsseldorf stellen
- [] Mandantin beruhigen: Probezeit-Kündigung nicht automatisch, Arbeitgeber erfährt nichts vor Rechtskraft und Führungszeugnisabruf

Gesprächsnotiz / Wörtliche Zitate (sinngemäß)

> "Ich habe das wirklich nicht absichtlich getan. Ich weiß, das klingt blöd, aber an dem Tag war alles zu viel."

> "Ich kann mir nicht leisten, den Führerschein zu verlieren. Mein Kind – ich bringe es jeden Morgen zur Schule."

> "Was passiert, wenn mein Chef das erfährt? Ich bin noch in der Probezeit."

Frau Albrecht wirkte kooperativ und vertrauenswürdig. Keine Anzeichen für mangelnde Glaubwürdigkeit. Telefonat endete damit, dass sie die Vollmacht per WhatsApp-Scan schickt und den Strafbefehl mit Umschlag einscannt.

Telefonnotiz aufgenommen von: RAin Petra Mertens, 19.05.2026, 18:55 Uhr

Wiedervorlage: 20.05.2026, 09:00 Uhr

Datei: 02_strafbefehl_amtsgericht.md

Vorschau: 02_strafbefehl_amtsgericht

> Lesbare Markdown-Vorschau der gleichnamigen DOCX-Datei. Massgeblich ist die DOCX-Originaldatei.

AMTSGERICHT DÜSSELDORF

– Strafabteilung, Abt. 126 –

Werdener Straße 1 · 40227 Düsseldorf

S T R A F B E F E H L

Aktenzeichen	126 Cs 402 Js 1182/26
Ausstellungsdatum	08. Mai 2026
Zustellung (PZU)	10. Mai 2026
Einspruchsfrist	25. Mai 2026 (Montag, § 43 Abs. 2 StPO)

In der Strafsache gegen

Samira Albrecht geboren am 14. März 1991 in Duisburg wohnhaft: Kasernestraße 14, 40213 Düsseldorf
Beruf: Medizinische Fachangestellte

Am 17. März 2026 gegen 14:45 Uhr entwendete die Angeklagte in der Drogerie "Beauté & Co", Immermannstraße 38, 40210 Düsseldorf, Kosmetikartikel im Gesamtwert von 47,80 EUR (Lippenstift, Foundation, Eyeshadow-Palette, Handcreme), indem sie diese in ihre Manteltasche steckte und das Geschäft ohne Bezahlung verließ.

Am 02. April 2026 gegen 17:20 Uhr beschädigte die Angeklagte beim Ausparken im Parkhaus "Arcaden Benrath", Bonner Straße 253, 40589 Düsseldorf, das Fahrzeug der Martina Fröhlich (VW Golf VIII, D-MT 7712), Schaden: 1.180,00 EUR, und entfernte sich, ohne die erforderlichen Feststellungen zu ermöglichen (§ 142 Abs. 1 Nr. 2 StGB).

Geldstrafe: 60 (sechzig) Tagessätze zu je 55,00 EUR Gesamtbetrag: 3.300,00 EUR

Fahrverbot: 1 (ein) Monat gemäß § 44 Abs. 1 StGB

Angewandte Vorschriften: §§ 242, 248a, 142, 53, 40, 44 StGB; §§ 407 ff. StPO

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen diesen Strafbefehl kann binnen zwei Wochen nach Zustellung beim Amtsgericht Düsseldorf Einspruch eingelegt werden (§ 410 Abs. 1 StPO). Ohne Einspruch steht dieser Strafbefehl einem rechtskräftigen Urteil gleich (§ 410 Abs. 3 StPO).

Düsseldorf, 08. Mai 2026

Krichbaum Richter am Amtsgericht

Datei: 03_zustellungsumschlag_fristscan.md

Zustellungsvermerk und Fristberechnung

> **Kanzlei Mertens & Partner, Rechtsanwälte** > Interner Fristenvermerk – Az. 126 Cs 402 Js 1182/26 >
Verfasser: RAin Petra Mertens · Datum: 20.05.2026

Vermerk Nr. FV-2026-0098

Gegenstand

Eingang und Prüfung des Zustellungsumschlags zum Strafbefehl des Amtsgerichts Düsseldorf, Az. 126 Cs 402 Js 1182/26, vom 08. Mai 2026, in der Strafsache gegen **Samira Albrecht** (Mandantin).

Beschreibung des Umschlags

Die Mandantin übermittelte am 19.05.2026 gegen 19:15 Uhr per WhatsApp-Nachricht zwei Fotos:

1. **Vorderseite des Umschlags:** Gelber DIN-C4-Umschlag der Deutschen Post, Aufdruck "EINSCHREIBEN / ZUGESTELLT". Absenderfeld: Amtsgericht Düsseldorf, Werdener Straße 1, 40227 Düsseldorf. Empfängerfeld: Samira Albrecht, Kasernenstraße 14, 40213 Düsseldorf. Freimachung durch Deutsche Post AG. Barcode-Aufkleber rechts unten sichtbar.

2. **Rückseite des Umschlags:** Nassklebestreifen geöffnet, keine Niederlegungsankündigung erkennbar. Stempel der Deutschen Post (blauer Rundstempel): unleserlich, da verwischt – Datum nicht sicher lesbar.

Eine Postzustellungsurkunde (PZU) als separates Dokument ist nicht übermittelt worden. Die Zustellungsart ergibt sich aus dem Akteninhalt (vgl. Bl. 48 d. A.: Richterlicher Vermerk "PZU zugestellt 10.05.2026").

Tatsächlicher Zugang beim Empfänger

Die Mandantin hat nach eigenen Angaben den Umschlag am Abend des **19.05.2026** erstmals geöffnet. Sie kann nicht mit Sicherheit angeben, seit wann der Umschlag im Briefkasten lag. Sie vermutete, dass er "seit Ende letzter Woche" (also etwa 13.-15.05.2026) dort lag.

Fristberechnung

Maßgebliches Zustellungsdatum

Als Zustellungsdatum gilt das Datum der Postzustellungsurkunde, nicht das Datum des tatsächlichen Öffnens durch den Empfänger. Gemäß Aktenvermerk der Geschäftsstelle ist das **PZU-Datum: 10. Mai 2026 (Sonntag)**.

Da die Zustellung per PZU an einem Sonntag vollzogen wurde, ist die Zustellung wirksam mit dem **10. Mai 2026** eingetreten (PZU-Verfahren nach § 180 ZPO i.V.m. § 37 StPO; keine Verzögerungsregel für Sonn- und Feiertage beim tatsächlichen Einwurf).

Fristenlauf – Einspruch (§ 410 Abs. 1 StPO)

Schritt	Datum
Zustellung des Strafbefehls	**10.05.2026 (Sonntag)**
Fristbeginn (Tag nach Zustellung)	**11.05.2026 (Montag)**
Ablauf der Zweiwochenfrist (14 Tage ab 11.05.)	**24.05.2026 (Sonntag)**
Fristverlängerung gem. § 43 Abs. 2 StPO	**25.05.2026 (Montag)**
Einspruchsfrist-Ende* *	**25.05.2026, 24:00 Uhr

> **Hinweis:** Wäre das Zustellungsdatum streitig oder nicht sicher nachweisbar, käme als spätester möglicher Zeitpunkt auch der 14.05.2026 (letztmöglichster Einlegebeginn für die reguläre Bearbeitungszeit der Post) in Betracht. Da jedoch die PZU aktenkundig ist, ist das Datum 10.05.2026 als gesichert zu behandeln.

Risikovermerk

Die Einspruchsfrist läuft am **25.05.2026** ab. Heute ist der **20.05.2026**. Es verbleiben noch **5 Kalendertage**, davon **3 Werktage** (Mi, Do, Fr) bis zum Freitag, 23.05.2026, und ein letzter Möglichkeitstag am Montag, 25.05.2026.

Der Einspruch muss unverzüglich eingelegt werden. Keine weiteren Verzögerungen vertretbar.

Prüfauftrag: EBR-Anfrage (Europäisches Beweissicherungsregister)

Nicht erforderlich im Strafbefehlsverfahren.

Maßnahmen

Maßnahme	Verantwortlich	Erledigt bis
Einspruch unbeschränkt per Fax/Post einlegen	RAin Mertens	20.05.2026
Vollmacht einholen und zu Akte nehmen	Kanzlei	20.05.2026
Fristenblatt aktualisieren	Sekretariat	20.05.2026
Akteneinsicht beantragen bei StA Düsseldorf	RAin Mertens	21.05.2026
Wiedervorlage: Eingang Akteneinsicht	Kanzlei	04.06.2026

Fristvermerk aufgenommen: 20.05.2026, 09:15 Uhr

RAin Petra Mertens

Az. intern: M&P/2026/STR-0047

Anlage: Fristenkontrollblatt

`` Akte: 126 Cs 402 Js 1182/26 / Samira Albrecht Frist: EINSPRUCH Datum:
25.05.2026 (Montag), 24:00 Uhr Vorwarnung: 22.05.2026 Eingetragen: 20.05.2026
durch RAin Mertens Gelöscht: [] nach Einspruchseingang bestätigt ``

Datei: 04_polizeiliche_anhaerung_beschuldigter.md

Polizeiliches Vernehmungsprotokoll – Beschuldigtenanhörung

Protokollkopf

Feld	Inhalt
Vorgangs-Nr.	5780-VWG-0347-2026
Aktenzeichen StA	402 Js 1182/26
Vernehmungsart	Beschuldigtenanhörung (formlos, vor Ort)
Datum	17. März 2026
Uhrzeit	15:22 Uhr bis 15:47 Uhr
Ort	Detektionsbüro, Drogerie "Beauté & Co", Immermannstraße 38, 40210 Düsseldorf
Vernehmungsbeamten	PHK'in Monika König, KK 32, PNr. 41-8837
Dolmetscher	keiner erforderlich

Personalien der Beschuldigten

Feld	Inhalt
Familienname	Albrecht
Vorname	Samira
Geburtsdatum	14.03.1991
Geburtsort	Duisburg
Staatsangehörigkeit	deutsch
Anschrift	Kasernenstraße 14, 40213 Düsseldorf
Beruf	Medizinische Fachangestellte
Arbeitgeber	Gemeinschaftspraxis Dr. Halberg & Partner, Düsseldorf-Benrath
Telefon	0173 / 649 37 18

Belehrung der Beschuldigten

Die Beschuldigte wurde über folgenden Sachverhalt belehrt:

1. **Tatvorwurf:** Verdacht des Diebstahls gemäß § 242 Abs. 1 StGB, hilfsweise Diebstahl geringwertiger Sachen gemäß § 248a StGB, begangen am 17.03.2026, ca. 14:45 Uhr, in der Drogerie "Beauté & Co", Immermannstraße 38, 40210 Düsseldorf.
2. **Schweigerecht:** Die Beschuldigte wurde darüber belehrt, dass sie nicht verpflichtet ist, sich zur Sache zu äußern, und dass es ihr freisteht, zu schweigen (§ 136 Abs. 1 Satz 2 StPO).
3. **Recht auf Verteidigung:** Die Beschuldigte wurde darüber belehrt, dass sie sich jederzeit eines Verteidigers bedienen kann und dass sie berechtigt ist, vor der Vernehmung einen Verteidiger zu

befragen.

4. **Recht auf Akteneinsicht:** Die Beschuldigte wurde darüber informiert, dass sie über einen Verteidiger Akteneinsicht beantragen kann.

5. **Verwendung der Aussage:** Die Beschuldigte wurde darüber belehrt, dass ihre Aussagen als Beweismittel verwendet werden können.

Bestätigung der Belehrung:

Die Beschuldigte gab an, die Belehrung verstanden zu haben. Sie stellte keine Rückfragen.

Einlassung der Beschuldigten zur Sache

Die Beschuldigte wurde nach ihrer Belehrung gefragt, ob sie sich zur Sache äußern möchte.

Die Beschuldigte erklärte:

> "Ich möchte im Moment nichts weiter sagen. Ich bin im Schock. Ich habe das nicht so gewollt."

Weitere Angaben zur Tat lehnte sie ab. Sie gab an, keine Aussage machen zu wollen, bis sie mit einem Anwalt gesprochen habe.

Die Beschuldigte machte keine weiteren Angaben zur Tathandlung, zum Vorsatz oder zu sonstigen Tatumständen.

Angaben zum äußeren Sachverhalt / Feststellungen am Ort

Die Vernehmungsbeamtin PHK'in König hielt folgende Umstände am Vernehmungsort fest:

- Die Beschuldigte war bei Eintreffen der Polizei im Detektionsbüro des Ladengeschäfts anwesend.
- Der Ladendetektiv Erik Neumann (Personalien aufgenommen, vgl. Bl. 7 d. A.) hatte die Beschuldigte festgehalten.
- Die nicht bezahlten Waren (Lippenstift, Handcreme, Eyeshadow-Palette, Foundation) lagen auf dem Tisch im Detektionsbüro und wurden als sichergestellte Beweismittel fotografiert (Lichtbild-Nr. LB-0347-03 bis LB-0347-07).
- Die Beschuldigte zeigte eine gefasste, aber aufgewühlte Haltung. Sie weinte zeitweise.
- Ein Kassenbon über 12,90 EUR (bezahlte Ware) lag vor und wurde kopiert (Bl. 4 d. A.).

Weitere Maßnahmen

- Erkennungsdienstliche Maßnahmen wurden **nicht** durchgeführt (nicht erforderlich bei Ladendiebstahl ohne besondere Umstände).
- Die Beschuldigte wurde nach Abschluss der Aufnahme entlassen. Eine vorläufige Festnahme wurde nicht angeordnet (§ 127 StPO nicht einschlägig).
- Die Waren wurden der Drogerie zurückgegeben. Ein Strafantrag gemäß § 248a StGB wurde durch die Filialleiterin Britta Seifert (Personalien Bl. 3 d. A.) **gestellt**.
- Strafanzeige wird als Anlage zur Akte genommen.

Unterschriften

``` Vernehmungsbeamtin: Monika König, PHK'in, KK 32 Datum: 17.03.2026, 15:47 Uhr

Beschuldigte: [Samira Albrecht – Unterschrift verweigert] Vermerkt: Beschuldigte verweigerte Unterschrift, da sie zuvor erklärt hatte, keine Aussage machen zu wollen. ```

## Anmerkung für Verteidigung (intern)

### Wichtige Feststellungen:

- Die Mandantin hat im Wesentlichen **geschwiegen** – korrekte Entscheidung.
- Die Ware wurde **vollständig zurückgegeben** – strafmildernd.
- Der Strafantrag nach § 248a StGB wurde gestellt – jedoch kann er nach Einleitung des Verfahrens nicht zurückgezogen werden (§ 77d StGB).
- Die Aussage "Ich habe das nicht so gewollt" ist ambivalent; es fehlt darin eine ausdrückliche Schuldanerkennung, jedoch auch kein klares Bestreiten. **Für die Hauptverhandlung: Keine Verwertung ohne Kontext.**
- Einlassung bleibt nach Akteneinsicht vorbehalten (vgl. Akteneinsichtsantrag Bl. 10 d. A.).

Datei: 05\_ermittlungsakte\_inhaltsverzeichnis.md

## Ermittlungsakte – Inhaltsverzeichnis

> **Staatsanwaltschaft Düsseldorf** > Geschäftsstelle Referat III (Eigentumsdelikte / Straßenverkehrsdelikte) > Az.: 402 Js 1182/26 > Beschuldigte: Samira Albrecht, geb. 14.03.1991

## Vollständiges Inhaltsverzeichnis der Ermittlungsakte

Stand: 06. Mai 2026 (Übersandtesdatum an AG Düsseldorf zur Strafbefehlsbeantragung)

| Bl.     | Datum      | Dokumentbezeichnung                                                                                                                                             | Verfasser / Herkunft                          |
|---------|------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------|
| Bl. 1–3 | 17.03.2026 | Strafanzeige der Drogerie "Beauté & Co", Immermannstraße 38, 40210 Düsseldorf, erstattet durch Filialeiterin Britta Seifert, nebst Strafantrag gem. § 248a StGB | Ladengeschäft / Polizeiprotokoll PHK'in König |
| Bl. 4   | 17.03.2026 | Kassenbon der Kasse Nr. 3 vom 17.03.2026, 14:48 Uhr, Betrag 12,90 EUR (bezahlte Waren)                                                                          | Kopie, Drogerie                               |

| Bl.       | Datum      | Dokumentbezeichnung                                                                                                                                                                | Verfasser / Herkunft               |
|-----------|------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------|
| Bl. 5–6   | 17.03.2026 | Warenliste der nicht bezahlten Artikel nebst Preisschildern und Barcode-Auszug aus der Warenwirtschaft; Gesamtwert 47,80 EUR                                                       | Drogerie "Beauté & Co"             |
| Bl. 7–11  | 17.03.2026 | Zeugenvernehmungspr<br>otokoll Ladendetektiv Erik Neumann, geb. 03.08.1984, Fa. ProSec GmbH, Detektionsbüro Immermannstraße, PNr. Fa. 88-1194                                      | PHK'in König, KK 32                |
| Bl. 12–16 | 17.03.2026 | Lichtbilder der Videoüb<br>erwachungsanlage (Ausdrucke, Anlage A1–A9): Eingangsbereich, Regalgang Kosmetik, Kassenbereich, Ausgangsbereich; zeitlich sequenziert 14:41 – 14:52 Uhr | Drogerie, ausgewertet PHK'in König |
| Bl. 17    | 18.03.2026 | Auswertungsvermerk zur Videoüberwachung durch PHK'in König; Beschreibung der erkennbaren Handlungen der Beschuldigten                                                              | PHK'in König, KK 32                |
| Bl. 18–19 | 02.04.2026 | Unfallanzeige des Parkhauses "Arcaden Benrath", Bonner Straße 253, 40589 Düsseldorf; erstattet durch Schichtsprecher Herrn Rolf Wächtler                                           | Parkhaus / PHK Breuer, KVD 6       |
| Bl. 20–22 | 03.04.2026 | Schadensanzeige und Erklärung der Geschädigten Martina Fröhlich, geb. 12.05.1979, Bonner Straße 301, 40589 Düsseldorf; VW Golf VIII, Kz. D-MT 7712; beschädigtes Fahrzeug          | PHK Breuer, KVD 6                  |

| Bl.       | Datum      | Dokumentbezeichnung                                                                                                                                                                                             | Verfasser / Herkunft    |
|-----------|------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------|
| Bl. 23–24 | 04.04.2026 | Kostenvoranschlag der Autohaus Rheinland GmbH, Düsseldorf-Benrath, für die Instandsetzung der hinteren linken Stoßstange; Betrag: 1.180,00 EUR (netto: 991,60 EUR)                                              | Autohaus Rheinland GmbH |
| Bl. 25    | 04.04.2026 | Lichtbilder des beschädigten Fahrzeugs (VW Golf VIII), Aufnahmen Nr. F1–F6: Stoßstangenschaden links hinten, Lackabrieb, Deformierung des Stoßfängerunterteils                                                  | PHK Breuer, KVD 6       |
| Bl. 26–27 | 05.04.2026 | Parkhausvideo-Auswertungsvermerk: Aufnahmen der Parkhausüberwachungskamera K7 (Ebene 2, Einfahrtsbereich) zeigen das Fahrzeug D-SK 3847 beim Ausparken; Beschädigung nicht eindeutig aus Kamerawinkel erkennbar | PHK Breuer, KVD 6       |
| Bl. 28    | 07.04.2026 | Halterabfrage beim Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) zum Kz. D-SK 3847: Halterin Samira Albrecht, Kasernenstraße 14, 40213 Düsseldorf                                                                                  | KK 32                   |
| Bl. 29–30 | 08.04.2026 | Zeugenfragebogen an Samira Albrecht als vermeintliche Unfallzeugin (maschinell erstellt; versandt mit einfacher Post am 08.04.2026)                                                                             | KVD 6                   |

| Bl.       | Datum      | Dokumentbezeichnung                                                                                                                                                                                  | Verfasser / Herkunft           |
|-----------|------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------|
| Bl. 31–32 | 14.04.2026 | Ermittlungsvermerk<br>PHK'in König über das<br>Ergebnis der<br>Zusammenführung der<br>Akten Ladendiebstahl<br>und Unfallflucht;<br>Umqualifizierung Frau<br>Albrecht vom Zeugen<br>zur Beschuldigten | PHK'in König, KK 32            |
| Bl. 33    | 16.04.2026 | Anhörungsbogen an<br>die Beschuldigte<br>Samira Albrecht;<br>versandt am<br>16.04.2026, Rücklauf<br>nicht erfolgt                                                                                    | KK 32                          |
| Bl. 34    | 22.04.2026 | Vermerk über<br>Nichteingang des<br>Anhörungsbogens<br>(keine Rückantwort<br>binnen 14 Tagen)                                                                                                        | KK 32                          |
| Bl. 35–36 | 23.04.2026 | Auszug aus dem<br>Bundeszentralregister<br>(BZR) der<br>Beschuldigten Samira<br>Albrecht, geb.<br>14.03.1991: **keine<br>Eintragungen**                                                              | Bundeszentralregister,<br>Bonn |
| Bl. 37    | 23.04.2026 | Auszug aus dem<br>Fahrerlaubnisregister<br>beim<br>Kraftfahrt-Bundesamt<br>(FAER): Fahrerlaubnis<br>Klasse B, erteilt<br>12.06.2015, keine<br>Entziehungen, Punkte:<br>**0**                         | KBA Flensburg                  |

| Bl.       | Datum      | Dokumentbezeichnung                                                                                                                                                                                                                                           | Verfasser / Herkunft                |
|-----------|------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------|
| Bl. 38–39 | 24.04.2026 | Einkommensermittlung<br>svermerk: Schätzung<br>Tagessatz auf Basis<br>Gehaltsabrechnungen<br>März 2025<br>(Vorjahresgehalt aus<br>Arbeitgeberauskunft<br>ermittelt): Monatsnetto<br>ca. 1.780 EUR, 1<br>unterhaltsberechtigtes<br>Kind. Ansatz: 55<br>EUR/Tag | KK 32 / StA Düsseldorf              |
| Bl. 40–41 | 25.04.2026 | Abschlussvermerk der<br>Kriminalwache KK 32:<br>Sachverhalt ermittelt,<br>Übersendung an StA<br>Düsseldorf für<br>Entscheidung                                                                                                                                | PHK'in König                        |
| Bl. 42–43 | 28.04.2026 | Anklage- /<br>Strafbefehlsantrag der<br>Staatsanwaltschaft<br>Düsseldorf,<br>Dezernentin<br>Staatsanwältin Dr.<br>Sabine Rohloff, Az. 402<br>Js 1182/26                                                                                                       | StA Düsseldorf                      |
| Bl. 44–47 | 05.05.2026 | Strafbefehl des<br>Amtsgerichts<br>Düsseldorf, gezeichnet<br>Ri Krichbaum, Az. 126<br>Cs 402 Js 1182/26;<br>Fassung inkl. Rechtsbe<br>helfsbelehrung und<br>PZU-Rücklauf                                                                                      | AG Düsseldorf                       |
| Bl. 48    | 10.05.2026 | Postzustellungsurkund<br>e (PZU) Zustellung<br>Strafbefehl an Samira<br>Albrecht,<br>Kasernenstraße 14,<br>40213 Düsseldorf;<br>Datum: 10.05.2026                                                                                                             | Deutsche Post AG / AG<br>Düsseldorf |
| Bl. 49    | 20.05.2026 | Eingang Einspruch der<br>Angeklagten durch<br>Rechtsanwältin Petra<br>Mertens per Telefax;<br>unbeschränkt eingelegt                                                                                                                                          | AG Düsseldorf,<br>Geschäftsstelle   |

| Bl.    | Datum      | Dokumentbezeichnung                                                                     | Verfasser / Herkunft |
|--------|------------|-----------------------------------------------------------------------------------------|----------------------|
| Bl. 50 | 21.05.2026 | Akteneinsichtsantrag<br>RAin Mertens für<br>Angeklagte Albrecht;<br>Eingang per Telefax | StA Düsseldorf       |

## Bemerkungen

- Gesamtblattumfang bei Akteneinsicht: **50 Blatt** (Stand Einspruchseingang)
- Videodateien (Rohdaten) liegen nur in Vermerks-Form vor (Bl. 17, 26–27); Original-Dateien lagern bei Polizei KK 32 / KVD 6 auf Datensicherungslaufwerk (Sicherungsnr. DS-0347-26 und DS-0389-26). **Antrag auf Übersendung der Originaldateien oder Einsichtnahme vor Ort gestellt (Bl. 50).**
- Kein DNA-Probenmaterial; kein Fingerabdruckabgleich durchgeführt.

\*Inhaltsverzeichnis erstellt durch: PHK'in Monika König, KK 32, Düsseldorf, 06.05.2026\*

\*Kanzlei-Intern: Geprüft durch RAin Mertens 22.05.2026 nach Eingang Akteneinsicht\*

Datei: 06\_zeugenaussage\_ladendetektiv.md

## Zeugenvernehmungsprotokoll – Ladendetektiv Erik Neumann

> **Polizeipräsidium Düsseldorf** > Kriminalkommissariat 32 – Eigentumsdelikte > Jürgensplatz 5-7 · 40219 Düsseldorf

### Protokollkopf

| Feld                   | Inhalt                                         |
|------------------------|------------------------------------------------|
| **Vorgangs-Nr.**       | 5780-VWG-0347-2026                             |
| **Aktenzeichen StA**   | 402 Js 1182/26                                 |
| **Vernehmungsart**     | Zeugenvernehmung                               |
| **Blatt**              | Bl. 7–11 d. A.                                 |
| **Datum**              | 17. März 2026                                  |
| **Uhrzeit**            | 15:55 Uhr bis 16:38 Uhr                        |
| **Ort**                | Polizeipräsidium Düsseldorf, KK 32, Zimmer 314 |
| **Vernehmungsbeamten** | PHK'in Monika König, KK 32, PNr. 41-8837       |

### Personalien des Zeugen



| Feld                       | Inhalt                                                          |
|----------------------------|-----------------------------------------------------------------|
| <b>**Familienname**</b>    | Neumann                                                         |
| <b>**Vorname**</b>         | Erik                                                            |
| <b>**Geburtsdatum**</b>    | 03.08.1984                                                      |
| <b>**Anschrift**</b>       | Kölner Straße 89, 40227 Düsseldorf                              |
| <b>**Beruf**</b>           | Ladendetektiv / Detektionsbeauftragter                          |
| <b>**Arbeitgeber**</b>     | ProSec Detektionsservice GmbH, Düsseldorf                       |
| <b>**Einsatzort**</b>      | Drogerie "Beauté & Co", Immermannstraße 38, 40210 Düsseldorf    |
| <b>**Zeugenbelehrung**</b> | Erteilt: Wahrheitspflicht, Verweigerungsrecht nicht einschlägig |

## Belehrung und Vorbemerkung

Der Zeuge wurde über seine Zeugenpflicht und die Wahrheitspflicht belehrt. Er gab an, die deutsche Sprache zu beherrschen und keinen Dolmetscher zu benötigen. Ein Verweigerungsrecht nach §§ 52 ff. StPO liegt nicht vor (kein verwandtschaftliches Verhältnis zur Beschuldigten).

Der Zeuge war sichtlich ruhig und machte einen professionellen Eindruck. Er gab an, in seiner Tätigkeit als Ladendetektiv regelmäßig als Zeuge vernommen zu werden und mit der Situation vertraut zu sein.

## Aussage zur Sache

**Frage:** Schildern Sie bitte, was Sie am 17.03.2026 in der Drogerie "Beauté & Co" beobachtet haben.

**Antwort des Zeugen (sinngemäß, wörtliche Passagen in Anführungszeichen):**

> "Ich war an dem Tag als Detektionsbeauftragter im Einsatz im Bereich Kosmetik und Pflegeprodukte. Meine Position war hinter einem Regalschirm am Ende des Mittelganges, von wo aus ich freie Sicht auf den Hauptgang Kosmetik hatte. Ich beobachte grundsätzlich in ziviler Kleidung und trage keine Uniform."

**Frage:** Wie haben Sie die Beschuldigte wahrgenommen?

> "Die Frau – ich habe sie später als Frau Albrecht kennengelernt – kam gegen 14:41 Uhr in den Kosmetikbereich. Sie wirkte abgelenkt, schaute sich mehrfach um und war am Mobiltelefon. Sie griff sich mehrere Artikel, schaute sich Preisschilder an und legte einige zurück."

**Frage:** Haben Sie beobachtet, wie die Beschuldigte die Ware einsteckte?

> "Ja. Ich habe gesehen, wie sie nacheinander einen Lippenstift und eine Foundation in ihre rechte Manteltasche steckte. Das war eindeutig – sie hat sich beim Einstecken kurz umgeschaut, was ein typisches Verhaltensmuster ist. Dann nahm sie eine Eyeshadow-Palette und eine Handcreme, hielt diese kurz in der Hand, und steckte sie ebenfalls in die Tasche. Den Zeitraum, in dem sie die Ware einsteckte, würde ich auf ca. drei bis vier Minuten schätzen."

**Frage:** Haben Sie die Beschuldigte die ganze Zeit ohne Unterbrechung beobachtet?

> "Im Wesentlichen ja. Es gab eine kurze Unterbrechung von vielleicht 15 bis 20 Sekunden, als eine andere Kundin an mir vorbeilief und meine Sichtlinie kurzfristig verdeckte. Aber danach hatte ich wieder freie Sicht."

**Frage:** Wie verhielt sich die Beschuldigte an der Kasse?

> "Sie begab sich zur Kasse und legte dort andere Waren auf das Band – Shampoo und eine Zahnbürste glaube ich. Die Gesamtsumme der bezahlten Waren war laut dem mir später vorgelegten Kassensbon 12,90 EUR. Die Waren in der Manteltasche hat sie nicht herausgelegt. Sie bezahlte die Kassiererin und wollte das Geschäft verlassen."

**Frage:** Was geschah dann?

> "Ich folgte ihr durch den Ausgangsbereich und sprach sie unmittelbar vor dem Eingang auf dem Gehweg an. Ich stellte mich vor, zeigte meinen Dienstaussweis und bat sie freundlich, mich ins Büro zu begleiten. Sie zögerte kurz, wirkte sehr erschrocken und begann dann zu weinen. Sie kam ohne Widerstand mit."

**Frage:** Wie reagierte die Beschuldigte im Detektionsbüro?

> "Im Büro bat ich sie, den Inhalt ihrer Manteltaschen zu zeigen. Sie holte sofort alle vier Artikel heraus und legte sie auf den Tisch. Sie sagte sinngemäß: 'Das tut mir so leid, ich weiß nicht, wie das passieren konnte. Ich war so im Kopf.' Sie wirkte aufrichtig bestürzt und entschuldigte sich mehrmals. Es war keine Diskussion und kein Leugnen."

**Frage:** Hat die Beschuldigte ein Hausverbot erhalten?

> "Ja, ich habe ihr mündlich Hausverbot für die Filiale erteilt und sie gebeten, eine Erklärung zu unterzeichnen. Sie hat das Hausverbot unterschrieben. Eine Schadenspauschale von 50 EUR wurde ihr mitgeteilt; sie sagte, sie zahle das, konnte aber gerade kein Bargeld vorlegen."

**Frage:** Haben Sie zuvor oder danach eine Videoaufzeichnung der Szene gemacht oder gesehen?

> "Die Drogerie verfügt über eine Deckenüberwachungsanlage. Ich habe im Nachgang mit dem Geschäftsleiter die entsprechenden Sequenzen kurz angeschaut. Die Kamera im Gang hat die Handlungen grundsätzlich erfasst, aber die Auflösung ist begrenzt. Der Detektionsbericht enthält meine eigene Beobachtung, die Videosequenz ist nur eine Ergänzung."

## Rückfragen durch PHK'in König

**Frage:** Können Sie ausschließen, dass die Beschuldigte die Ware versehentlich einsteckte – also etwa beim Hantieren mit dem Mobiltelefon?

> "Nein, das kann ich aus meiner Sicht ausschließen. Ich habe vier separate Artikel beobachtet, die jeweils gezielt in die Tasche gesteckt wurden. Ein einmaliges Versehen wäre denkbar; vier Artikel nacheinander in die Tasche zu stecken, dabei die Kasse zu passieren, ohne eine einzige Ware zurückzulegen – das ist für mich kein Versehen."

**Frage:** Hatte die Beschuldigte die Möglichkeit, die Ware noch zurückzulegen oder an der Kasse zu bezahlen?

> "Ja. Sie stand noch eine kurze Zeit im Kassensbereich. Zum Bezahlen hatte sie Gelegenheit. Sie hat es nicht getan."

## Schluss

Der Zeuge erklärte, keine weiteren Angaben machen zu wollen. Die Niederschrift wurde ihm vorgelesen und von ihm als richtig bestätigt.

`` Zeugenunterschrift: Erik Neumann – eigenhändig – Vernehmungsbeamtin: Monika König, PHK'in, KK 32 Datum: 17.03.2026, 16:38 Uhr ``

## Verteidigungsnotiz (intern)

### Schwachstellen der Zeugenaussage:

1. Sichtunterbrechung von 15–20 Sekunden eingeräumt → Lücke in der Beobachtungskette.
2. "Gezielt" vs. "versehentlich" – subjektive Wertung des Detektivs, keine neutrale Feststellung.
3. Entschuldigung der Mandantin wurde von Neumann als "aufrichtig" bewertet → für Strafzumessung günstig.
4. Vollständige Rückgabe ohne Widerstand → strafmildernd.
5. Videoaufzeichnung: niedrige Auflösung, nicht eindeutig → Forderung nach Herausgabe der Rohdaten.
6. Hausverbot und angekündigte Zahlung der Schadenspauschale → zeigt Kooperationswillen.

Datei: 07\_videovermerk\_und\_kassenbon.md

## Auswertungsvermerk – Videoüberwachung und Kassenbon

> **Polizeipräsidium Düsseldorf** > Kriminalkommissariat 32 – Eigentumsdelikte > Vorgangs-Nr.: 5780-VWG-0347-2026 > Blatt: 17 d. A. (Auswertungsvermerk) und Bl. 4 (Kassenbon-Kopie)

### Teil 1 – Auswertungsvermerk Videoüberwachung

| Feld                                   | Inhalt                                                       |
|----------------------------------------|--------------------------------------------------------------|
| <b>**Ersteller**</b>                   | PHK'in Monika König, KK 32                                   |
| <b>**Datum**</b>                       | 18. März 2026                                                |
| <b>**Aktenzeichen**</b>                | 402 Js 1182/26                                               |
| <b>**Sicherungsnr. Datenmaterial**</b> | DS-0347-26                                                   |
| <b>**Kamera-System**</b>               | Hikvision DS-2CD2143G2-I, Deckeninstallation, 4 MP Auflösung |
| <b>**Betriebsort**</b>                 | Drogerie "Beauté & Co", Immermannstraße 38, 40210 Düsseldorf |
| <b>**Gesichteter Zeitraum**</b>        | 17.03.2026, 14:38 Uhr bis 14:53 Uhr                          |

### Beschreibung der ausgewerteten Kamerasequenzen

Die Videoüberwachungsanlage der Drogerie "Beauté & Co" umfasst 6 Kameras:

| Kamera | Position                          | Relevanz für Tat  |
|--------|-----------------------------------|-------------------|
| K1     | Eingangsbereich                   | gering            |
| K2     | Regalgang Kosmetik/Pflege (Mitte) | <b>**hoch**</b>   |
| K3     | Regalgang Haarpflege              | keine             |
| K4     | Kassenbereich (Übersicht)         | <b>**mittel**</b> |
| K5     | Kassenbereich (Detail)            | mittel            |

| Kamera | Position        | Relevanz für Tat |
|--------|-----------------|------------------|
| K6     | Ausgangsbereich | gering           |

#### Kamera K2 – Regalgang Kosmetik/Pflege (Hauptauswertung):

- 14:41:03 Uhr: Person weiblich, ca. 30–35 Jahre, mittelgroß, dunkelbrauner Mantel, Schultertasche links, Mobiltelefon in der rechten Hand, betritt den Regalgang Kosmetik von Norden.
- 14:41:18 Uhr: Person hält bei Regal Körperpflege-Produkte, entnimmt einen Artikel (Lippenstift, rot-schwarze Verpackung), betrachtet ihn, legt ihn in Regal zurück, entnimmt einen weiteren.
- 14:42:47 Uhr: **Verdeckungsphase** – andere Kundin (unbekannt) tritt ins Bild, Hauptperson kurzfristig nicht vollständig sichtbar, ca. 18 Sekunden.
- 14:43:05 Uhr: Hauptperson wieder sichtbar, hält Artikel in der rechten Hand, die linke Hand führt eine Bewegung in Richtung der rechten Manteltasche aus. Auflösung am oberen Tastenbereich des Mantels nicht ausreichend für eindeutige Identifikation der Handlungskette.
- 14:44:12 Uhr: Person bewegt sich weiter Richtung Regalende, hält zwei weitere Artikel in der Hand.
- 14:45:38 Uhr: Person bewegt sich Richtung Kasse.

> **Wertung:** Aufgrund der Kameraauflösung und des Kamerawinkels ist der Moment des Einsteckens in die Manteltasche **nicht zweifelsfrei videogestützt nachweisbar**. Der Verdeckungszeitraum (18 Sekunden) deckt sich mit der Schilderung des Ladendetektivs Neumann. Der Vorgang selbst erschließt sich aus dem Kontext (Zeugenbeschreibung + anschließende Sicherstellung der Ware in der Manteltasche), ist aber **nicht direkt auf dem Video zu sehen**.

#### Kamera K4 – Kassenbereich:

- 14:45:55 Uhr: Person betritt Kassenbereich, stellt sich in Kassenschlange (1 Person vor ihr).
- 14:47:02 Uhr: Person legt Waren auf Band: Shampoo (blau-weiße Verpackung), Zahnbürste (gelb). Keine weiteren Artikel auf das Band gelegt.
- 14:47:45 Uhr: Bezahlung, Kassierung, Abschluss.
- 14:48:03 Uhr: Person verlässt den Kassenbereich mit Einkaufstüte.

#### Beweiswert der Videoaufzeichnung

| Aspekt                                    | Bewertung                                                                                 |
|-------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------|
| Identifizierbarkeit der Person            | mittel (kein Gesicht eindeutig erkennbar; Beschreibung passend, Kleidung übereinstimmend) |
| Dokumentation des Einsteckens             | <b>**nicht eindeutig**</b> (18-Sek.-Lücke, Auflösung unzureichend)                        |
| Kassenpassage ohne Einstecken der Tatware | eindeutig erkennbar                                                                       |
| Forensischer Wert als Hauptbeweis         | <b>**gering bis mittel**</b> (kein Rückschluss auf Vorsatz möglich)                       |

#### Nachforderungsprotokoll Videomaterial

Die Originalvideodatei (Komprimierungsformat: H.264, Auflösung 2560×1440 px native) wurde **nicht** der Akte beigelegt. Nur Standbilder (Lichtbilder LB-0347-03 bis LB-0347-07) wurden übermittelt.

> **Antrag Verteidigung (einzuleiten):** Herausgabe der Originalvideodatei oder Einsichtnahme der ungeschnittenen Videosequenz (K2, 14:38–14:53 Uhr; K4, 14:45–14:49 Uhr) vor Ort beim KK 32 oder per USB-Übermittlung – vgl. Akteneinsichtsantrag Bl. 50.

## Teil 2 – Kassenbon-Auswertung

| Feld                   | Inhalt                                                             |
|------------------------|--------------------------------------------------------------------|
| <b>**Bon-Datum**</b>   | 17.03.2026, 14:48 Uhr                                              |
| <b>**Kassen-ID**</b>   | Kasse Nr. 3, Filiale 0714, Düsseldorf Immermannstraße              |
| <b>**Bon-Nr.**</b>     | 201-0347-1448                                                      |
| <b>**Kassiererin**</b> | Mitarbeiterin "Hanna" (Vollname aus Datenschutzgründen geschwärzt) |

### Gebuchte Artikel (bezahlte Ware)

| Pos. | Artikel                                      | EAN           | Preis                |
|------|----------------------------------------------|---------------|----------------------|
| 1    | Pantene Pro-V<br>Reparatur-Shampoo<br>250 ml | 4084500965430 | 4,99 EUR             |
| 2    | Oral-B Pro 1<br>Zahnbürste Sensitive         | 3014260073466 | 5,49 EUR             |
| 3    | Bounce Economy Dryer<br>Sheets               | 4015400897118 | 2,42 EUR             |
|      | <b>**Gesamt**</b>                            |               | <b>**12,90 EUR**</b> |
|      | Bezahlung EC-Karte                           |               | -12,90 EUR           |
|      | <b>**Rückgeld**</b>                          |               | <b>**0,00 EUR**</b>  |

### Nicht gebuchte (entwendete) Artikel

| Pos. | Artikel                                           | EAN           | Listenpreis          |
|------|---------------------------------------------------|---------------|----------------------|
| 1    | Revlon ColorStay<br>Lippenstift Nr. 210<br>"Nude" | 3052819919055 | 9,99 EUR             |
| 2    | Artdeco Perfect Teint<br>Foundation Nr. 12        | 4052136027891 | 14,33 EUR            |
| 3    | KIKO Milano<br>Eyeshadow Palette Nr.<br>03        | 8025272911290 | 18,99 EUR            |
| 4    | Nivea Body Lotion<br>"Repair & Care" 250 ml       | 4005900022707 | 4,49 EUR             |
|      | <b>**Gesamtwert<br/>Tatware**</b>                 |               | <b>**47,80 EUR**</b> |

### Rechtliche Wertung des Kassenbons

Der Kassenbon belegt, dass die Mandantin **tatsächlich einen Einkauf tätigte** und die Kasse passierte. Das ist für die Verteidigung in doppelter Hinsicht relevant:

1. **Kein gezieltes Betreten ohne Kaufabsicht** – die Mandantin kaufte erkennbar ein.
2. **Mögliche Erklärung für Ablenkung/Vergessen** – Die kurze Kaufliste und der niedrige Betrag können darauf hindeuten, dass der Einkauf im Vorbeilaufen erfolgte (Stützung der Schutzvorbringung: unbeabsichtigtes Einstecken in Ablenkungssituation).

\*Vermerk erstellt: PHK'in Monika König, KK 32, 18.03.2026\*

\*Kanzlei-intern: Geprüft RAin Mertens, 22.05.2026\*

Datei: 08\_tagessaetze\_einkommen.md

## Berechnung Tagessatz – Einkommens- und Abzugsanalyse

> **Kanzlei Mertens & Partner, Rechtsanwälte** > Interner Berechnungsvermerk – Verteidigung Samira Albrecht > Az.: 126 Cs 402 Js 1182/26 / M&P/2026/STR-0047 > Verfasser: RAin Petra Mertens > Datum: 23. Mai 2026

### Hintergrund

Das Amtsgericht Düsseldorf hat im Strafbefehl vom 08.05.2026 eine Geldstrafe von **60 Tagessätzen à 55 EUR** (Gesamtbetrag: 3.300 EUR) festgesetzt. Die Grundlage für die Tagessatz-Bemessung ist § 40 Abs. 2 StGB. Danach ist maßgeblich das **Nettoeinkommen, das die verurteilte Person durchschnittlich an einem Tag hat oder haben könnte** (fiktives Nettoeinkommen, "Soll-Einkommen").

Dieser Vermerk prüft, ob der angesetzte Tagessatz von 55 EUR der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage der Mandantin entspricht, und entwickelt Argumente für eine Anpassung.

### Einkommenssituation der Mandantin

#### Angaben der Mandantin (Telefonnotiz 19.05.2026)

| Position                                                          | Betrag                        |
|-------------------------------------------------------------------|-------------------------------|
| Monatsnetto (aktuell, neue Stelle)                                | ca. 1.780 EUR                 |
| Unterhaltspflicht Tochter Lena, 8 J.                              | ja (im Haushalt)              |
| Warmmiete                                                         | 740 EUR/Monat                 |
| Schuldendienst (Privatkredit)                                     | 95 EUR/Monat                  |
| Sonstige regelmäßige Ausgaben (Versicherungen, GEZ, Kita-Beitrag) | ca. 180 EUR/Monat (geschätzt) |

## Berechnung Tagessatz nach § 40 Abs. 2 StGB

### Berechnungsmodell der Staatsanwaltschaft (angenommen):

Die Staatsanwaltschaft hat offenbar folgende Grundlage verwendet:

- Monatsnetto: 1.780 EUR
- Geteilt durch 30 Tage = **59,33 EUR/Tag** → gerundet auf **55 EUR**

Diese Schätzung erfolgte ohne Kenntnisnahme der tatsächlichen Einkommensverhältnisse und erscheint auf den ersten Blick nicht gänzlich unplausibel.

### Eigene Berechnung der Kanzlei:

| Rechenposition                                                                                                             | Betrag                              |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------|
| Monatsnetto<br>Einkommen                                                                                                   | 1.780,00 EUR                        |
| – Kindesunterhalt<br>(Betrag nach<br>Düsseldorfer Tabelle<br>2026, 1.<br>Einkommensstufe, Kind<br>8 J.)                    | – 393,00 EUR                        |
| – Mindestunterhalt<br>verbleibend (§ 40 Abs.<br>3 StGB-Analogie;<br>Eigenbedarfsgrenze<br>Einzelperson 2024:<br>1.370 EUR) | Prüfung                             |
| **Verbleibendes<br>verfügbares<br>Einkommen**                                                                              | <b>**1.387,00 EUR**</b>             |
| Geteilt durch 30 Tage                                                                                                      | <b>**46,23 EUR/Tag**</b>            |
| Rechnerisch korrekte<br>Tagessatzhöhe                                                                                      | <b>**ca. 46 EUR** (max. 48 EUR)</b> |

> **Ergebnis:** Der angesetzte Tagessatz von 55 EUR liegt um ca. 15–20 % über dem rechnerisch vertretbaren Wert. Ein Antrag auf Herabsetzung des Tagessatzes ist zielführend.

## Düsseldorfer Tabelle 2026 – Kindesunterhalt

(Auszug, relevante Einkommensstufen)

|                              |                                 |
|------------------------------|---------------------------------|
| Nettoeinkommensstufe         | Kind 6–11 Jahre (Altersstufe 2) |
| bis 1.900 EUR (Stufe 1)      | 393 EUR/Monat                   |
| 1.901–2.300 EUR<br>(Stufe 2) | 451 EUR/Monat                   |

|                              |                                 |
|------------------------------|---------------------------------|
| Nettoeinkommensstufe         | Kind 6–11 Jahre (Altersstufe 2) |
| 2.301–2.700 EUR<br>(Stufe 3) | 475 EUR/Monat                   |

Die Mandantin liegt mit 1.780 EUR Netto in Stufe 1. Maßgeblicher Unterhaltsbetrag: **393 EUR/Monat**.

## Belegerfordernis

Folgende Nachweise werden zur Verfahrensakte angefordert:

| Beleg                                 | Status      | Angefordert am |
|---------------------------------------|-------------|----------------|
| Gehaltsabrechnung<br>März 2026        | angefordert | 20.05.2026     |
| Gehaltsabrechnung<br>April 2026       | angefordert | 20.05.2026     |
| Gehaltsabrechnung<br>Mai 2026         | angefordert | 20.05.2026     |
| Kontoauszüge letzte 3<br>Monate       | angefordert | 20.05.2026     |
| Kindergeldnachweis<br>(Familienkasse) | ausstehend  | 23.05.2026     |
| Mietvertrag<br>(Wohnkosten)           | ausstehend  | 23.05.2026     |
| Sorgerechtsnachweise<br>/ Kindergeld  | ausstehend  | 23.05.2026     |

## Gehaltsabrechnung (Rekonstruktion / Beispielrechnung)

Auf Basis der Mandantenangaben und Branchenwerten (Medizinische Fachangestellte NRW, TV-Ärzte 2025/2026):

| Position                                                         | Betrag                                 |
|------------------------------------------------------------------|----------------------------------------|
| Tarifliches Bruttogehalt<br>(TVöD-ähnlich, Gruppe<br>6, Stufe 2) | ca. 2.420 EUR brutto                   |
| – Lohnsteuer<br>(Steuerklasse II, 1<br>Kind)                     | – 214 EUR                              |
| – Solidaritätszuschlag                                           | – 0 EUR                                |
| – Kirchensteuer                                                  | – 0 EUR (laut Mandantin kein Mitglied) |
| – Rentenversicherung<br>AN (9,3 %)                               | – 225 EUR                              |



| Position                                                                          | Betrag                   |
|-----------------------------------------------------------------------------------|--------------------------|
| – Krankenversicherung<br>AN (7,3 % +<br>Zusatzbeitrag ~1,7 %)                     | – 217 EUR                |
| – Pflegeversicherung<br>AN (1,7 % +<br>Kinderlosenzuschlag<br>entfällt; hat Kind) | – 41 EUR                 |
| – Arbeitslosenversicherung (1,3 %)                                                | – 31 EUR                 |
| <b>**Netto**</b>                                                                  | <b>**ca. 1.692 EUR**</b> |
| + Kindergeld Tochter<br>Lena                                                      | + 250 EUR                |
| <b>**Gesamtes Netto-Haushaltseinkommen**</b>                                      | <b>**ca. 1.942 EUR**</b> |

> **Hinweis:** Für die Tagessatz-Berechnung ist das eigene Nettoeinkommen (ohne Kindergeld) maßgeblich, da das Kindergeld dem Kind zuzuordnen ist und den Unterhaltsbedarf der Tochter mitdeckt. Maßgeblich: **1.692 EUR ÷ 30 = ca. 56,40 EUR/Tag**, was dem angesetzten Wert von 55 EUR annähernd entspricht.

**Jedoch:** Nach Abzug des Kindesunterhalts (393 EUR) verbleiben: → **(1.692 – 393) ÷ 30 = 1.299 ÷ 30 = 43,30 EUR/Tag**

## Strategischer Antrag

Die Verteidigung beantragt in der Hauptverhandlung:

**Herabsetzung des Tagessatzes von 55 EUR auf 43 EUR.**

Begründung:

1. Berücksichtigung des Kindesunterhalts nach Düsseldorfer Tabelle 2026 (Stufe 1: 393 EUR).
2. Erhöhte Wohnkostenlast (740 EUR warm = 42,6 % des Nettos; sozial unumgänglich).
3. Schuldendienst 95 EUR/Monat.
4. Einkommensneuheit (erste Stelle in neuem Berufsverhältnis seit 01.04.2026 – kein volles Jahreseinkommen).

**Gesamteinsparung bei Herabsetzung auf 43 EUR:**

- $60 \times 43 \text{ EUR} = 2.580 \text{ EUR}$  (statt 3.300 EUR)
- Ersparnis: **720 EUR**

\*Vermerk erstellt: RAin Petra Mertens, 23.05.2026\*

\*Interne Aktenablage: M&P/2026/STR-0047/Tagessatz\*

Datei: 09\_bzr\_fahreignung\_nebenfolgen.md

# BZR-Auszug, Fahreignungsprüfung und strafrechtliche Nebenfolgen

> **Kanzlei Mertens & Partner, Rechtsanwälte** > Prüfvermerk – Bundeszentralregister, Fahrerlaubnisregister, berufliche Nebenfolgen > Az.: 126 Cs 402 Js 1182/26 / M&P/2026/STR-0047 > Verfasser: RAin Petra Mertens > Datum: 24. Mai 2026

## Teil 1 – Bundeszentralregister (BZR)

### Auszug BZR (Behördenauskunft, Bl. 35–36 d. A.)

| Feld                   | Inhalt                                            |
|------------------------|---------------------------------------------------|
| **Auskunft vom**       | 23. April 2026                                    |
| **Auskunftsstelle**    | Bundeszentralregister, Bundesamt für Justiz, Bonn |
| **Betreffende Person** | Samira Albrecht, geb. 14.03.1991, Duisburg        |
| **Eintragungen**       | **Keine**                                         |

Die Beschuldigte ist nach Aktenlage **nicht vorbestraft**. Das BZR enthält keinerlei Eintragungen. Das ist für die Strafzumessung und die Einstellungsstrategie von erheblicher Bedeutung.

### Wirkung einer Verurteilung auf das Führungszeugnis

Der Strafbefehl setzt 60 Tagessätze fest. Wäre er rechtskräftig, hätte das folgende Auswirkungen:

| Aspekt                                            | Regelung                                                                         | Ergebnis                                    |
|---------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------|
| Grundsatz BZR-Eintragung                          | § 4 BZRG: Geldstrafen > 90 Tagessätze werden grundsätzlich eingetragen           | Kein Eintrag bei 60 TS                      |
| Ausnahme: Geldstrafe mit vorangehender Geldstrafe | § 4 Abs. 1 Nr. 1 lit. b BZRG                                                     | Keine frühere Strafe → nicht relevant       |
| Führungszeugnis allgemein (§ 32 BZRG)             | Geldstrafen bis 90 TS nicht ins Führungszeugnis                                  | **Kein Eintrag im Führungszeugnis**         |
| Erweitertes Führungszeugnis (§ 30a BZRG)          | Wie allgemeines Führungszeugnis, zuzüglich bestimmter Sexual- und Kontaktdelikte | Ladendiebstahl und § 142 StGB nicht erfasst |

> **Ergebnis:** Bei Rechtskraft des Strafbefehls mit 60 Tagessätzen erscheint **keine Eintragung im Führungszeugnis** (weder allgemein noch erweitert). Die Befürchtung der Mandantin hinsichtlich einer Führungszeugnis-Beeinträchtigung beim Arbeitgeber ist bei dieser Tagessatzzahl unbegründet.

> **Aber Achtung – spätere Eintragung durch neue Tat:** Selbst wenn diese Strafe nicht ins Führungszeugnis einfließt, ist die BZR-Eintragung intern für Behörden abrufbar. Bei einer weiteren Straftat würden beide Voreintragungen zusammengerechnet (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 lit. b BZRG).

## Teil 2 – Fahrerlaubnisregister und Fahreignung

## Auszug FAER/KBA (Bl. 37 d. A.)

| Feld                              | Inhalt                                |
|-----------------------------------|---------------------------------------|
| **Auskunft vom**                  | 23. April 2026                        |
| **Auskunftsstelle**               | Kraftfahrt-Bundesamt (KBA), Flensburg |
| **Betreffende Person**            | Samira Albrecht, geb. 14.03.1991      |
| **Fahrerlaubnisklassen**          | Klasse B (PKW)                        |
| **Erteilungsdatum**               | 12. Juni 2015                         |
| **Entziehungen / Beschränkungen** | keine                                 |
| **Punkte im FAER**                | 0 (null)                              |

## Fahrverbot im Strafbefehl (§ 44 StGB)

Der Strafbefehl sieht ein **Fahrverbot von 1 Monat** nach § 44 Abs. 1 StGB vor. Das Fahrverbot ist eine Nebenstrafe und dient der Einwirkung auf den Täter. Es hat keine Auswirkung auf die Fahrerlaubnis selbst (kein Entzug, keine MPU).

### Vollstreckung des Fahrverbots:

- Beginn: mit Rechtskraft des Urteils (bei Einspruch: erst nach Hauptverhandlung)
- Ablieferung Führerschein binnen 1 Woche nach Rechtskraft
- Kann auch nachgeholt werden, wenn der Führerschein nicht freiwillig abgeliefert wird

### Mögliche Wirkungen für die Mandantin:

- Verlust der Möglichkeit, die Tochter täglich zur Schule zu bringen
- Erschwernis des Pendelwegs zur Arbeit (Praxis in Benrath, nicht optimal mit ÖPNV)
- Keine Auswirkung auf Beruf (kein Berufskraftfahrer, kein Führerschein-Erfordernis im Arbeitsvertrag)

## § 142 StGB und Fahreignung – MPU-Risiko

Die Verurteilung wegen **§ 142 StGB (unerlaubtes Entfernen vom Unfallort)** hat für das Fahrerlaubnisrecht folgende Konsequenzen:

| Aspekt                                        | Regelung                                                                                                                           | Ergebnis                                                                        |
|-----------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------|
| Punkteintragung im FAER                       | § 142 StGB → 1 Punkt (§ 28 Abs. 3 Nr. 3 StVG i.V.m. Anlage 13 FeV)                                                                 | Bei Verurteilung: <b>**1 Punkt**</b>                                            |
| Fahrerlaubnisrechtliche Einzug bei § 142 StGB | § 69 Abs. 2 Nr. 3 StGB: Regelfall Fahrerlaubnisentzug bei § 142 StGB in der Regel <b>**nicht**</b> , wenn nur geringer Sachschaden | Prüfung erforderlich                                                            |
| MPU-Anordnung                                 | § 11 FeV: bei konkreten Anhaltspunkten für Eignungsmangel                                                                          | Hier: kein Anhaltspunkt für charakterliche Ungeeignetheit aus nur einem Vorfall |

| Aspekt                           | Regelung                                                                                                                             | Ergebnis                                     |
|----------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------|
| Regelentziehung § 69 Abs. 2 StGB | Voraussetzung: Flucht, um sich der Verantwortung zu entziehen – bei geringfügigem Schaden und nicht eindeutig festgestelltem Vorsatz | <b>**Regelentziehung nicht einschlägig**</b> |

> **Ergebnis:** Eine MPU (Medizinisch-Psychologische Untersuchung) ist auf Basis dieser Verurteilung **nicht automatisch** zu erwarten. Die Fahrerlaubnisbehörde kann jedoch eigenständig tätig werden, wenn sie durch das Gericht benachrichtigt wird (§ 59 FeV). Bei 1 Punkt kein automatischer Fahrerlaubnisentzug; bei 8 Punkten Entzug (§ 4 StVG).

### Berufliche Folgen – Bewertung

| Risiko                            | Einschätzung                                                                                                        |
|-----------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Führungszeugnis                   | <b>**kein Eintrag**</b> bei 60 TS (s.o.)                                                                            |
| Kündigung wegen Straftat          | Nur bei dienstlichem Bezug; kein Zusammenhang mit med. Fachangestellter erkennbar                                   |
| Probezeit-Kündigung               | Theoretisch möglich, wenn Arbeitgeber durch Dritte informiert wird; kein Automatismus                               |
| Berufszulassung Heilberufe        | § 3 Abs. 1 Nr. 2 GewO analog: einschlägige Vorstrafen erforderlich; 60 TS Ladendiebstahl nicht approbationsrelevant |
| Erweiterte Sicherheitsüberprüfung | Nicht erforderlich im Gesundheitsbereich (kein sicherheitsrelevanter Bereich)                                       |

## Teil 3 – Zusammenfassung und strategische Empfehlung

| Risiko            | Ohne Einspruch (Strafbefehl rechtskräftig) | Mit Einspruch / Einstellung   |
|-------------------|--------------------------------------------|-------------------------------|
| BZR-Eintrag       | Ja (intern), kein Führungszeugnis          | Kein Eintrag                  |
| Führungszeugnis   | <b>**Nein**</b> (< 90 TS)                  | Nein                          |
| FAER-Punkt        | 1 Punkt bei § 142 StGB                     | 0 Punkte (keine Verurteilung) |
| Fahrverbot        | 1 Monat                                    | entfällt                      |
| MPU               | Nein                                       | Nein                          |
| Geldstrafe        | 3.300 EUR                                  | entfällt / deutlich reduziert |
| Berufliche Folgen | gering, aber nicht ausgeschlossen          | keine                         |

**Empfehlung:** Einspruch einlegen und auf Einstellung nach §§ 153, 153a StPO hinwirken. Bei der Fahrerflucht: subjektiver Tatbestand (Kenntnis vom Unfall) nach Akteneinsicht bestreiten oder Einlassung erarbeiten.

\*Prüfvermerk erstellt: RAin Petra Mertens, 24.05.2026\*

\*Interne Aktenablage: M&P/2026/STR-0047/BZR-Nebenfolgen\*

[illegible]

**[REDACTED]**

Eine Einlassung meiner Mandantin bleibt nach Akteneinsicht ausdrücklich vorbehalten (§ 136 Abs. 1 Satz 2 StPO).

**[REDACTED]**

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Petra Mertens Rechtsanwältin · Fachanwältin für Strafrecht

### Anlage 1: Vollmacht der Angeklagten Samira Albrecht (Original)

Anlage 2: Kopie Einspruch vom 20.05.2026

**Datei:** 11\_einspruch\_entwurf\_unbeschraenkt.md

## Vorschau: 11\_einspruch\_entwurf\_unbeschraenkt

> Lesbare Markdown-Vorschau der gleichnamigen DOCX-Datei. Massgeblich ist die DOCX-Originaldatei.

Kanzlei Mertens & Partner · Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte Königsallee 47 · 40212 Düsseldorf  
Tel. 0211 / 88 44 20-0 · Fax 0211 / 88 44 20-99 [p.mertens@mertens-partner-ra.de](mailto:p.mertens@mertens-partner-ra.de)

[illegible]

Düsseldorf, 20. Mai 2026

Per Telefax 0211 / 8306-5126 (vorab) und Einwurf-Einschreiben

Amtsgericht Düsseldorf – Strafabteilung, Abt. 126 – Werdener Straße 1 40227 Düsseldorf

Betreff: Strafsache gegen Samira Albrecht Az.: 126 Cs 402 Js 1182/26

[illegible]

## EINSPRUCH

In der Strafsache gegen Samira Albrecht, geb. 14.03.1991, Kasernestraße 14, 40213 Düsseldorf, lege ich namens und in Vollmacht der Angeklagten gegen den

Strafbefehl des Amtsgerichts Düsseldorf vom 08. Mai 2026 (Az. 126 Cs 402 Js 1182/26)

hiermit form- und fristgerecht

## EINSPRUCH

ein.

[illegible]

Der Einspruch wird unbeschränkt eingelegt. Er richtet sich gegen Schuldspruch und Rechtsfolgen in ihrer Gesamtheit. Eine Begründung bleibt nach Akteneinsicht vorbehalten.

Vorläufige Hinweise:

Tat 1 (§§ 242, 248a StGB): Der Zueignungsvorsatz ist bestreitbar. Die Angeklagte befand sich in einer psychischen Ausnahmesituation. Das Videomaterial ist nach Aktenlage nicht eindeutig. Die Ware wurde vollständig zurückgegeben; die Angeklagte entschuldigte sich spontan. Der Tagessatz von 55 EUR erscheint überhöht (berechnet: 43 EUR nach Abzug Kindesunterhalt).

Tat 2 (§ 142 StGB): Der Vorsatz (Unfallkenntnis) ist nicht nachgewiesen. Das Parkhausvideo zeigt keinen eindeutigen Kontakt aus Fahrerperspektive.

```
[REDACTED]
```

Antrag:

Einstellung nach §§ 153, 153a StPO, hilfsweise deutlich reduzierte Rechtsfolgen (Tagessatz 43 EUR, kein Fahrverbot). Vollmacht liegt als Anlage 1 bei.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Petra Mertens Rechtsanwältin · Fachanwältin für Strafrecht

Anlage 1: Vollmacht der Angeklagten Samira Albrecht (Original)

**Datei:** 12\_einspruch\_beschraenkt\_rechtsfolgen.md

## Vorschau: 12\_einspruch\_beschraenkt\_rechtsfolgen

> Lesbare Markdown-Vorschau der gleichnamigen DOCX-Datei. Massgeblich ist die DOCX-Originaldatei.

Kanzlei Mertens & Partner · Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte Königsallee 47 · 40212 Düsseldorf  
Tel. 0211 / 88 44 20-0 · Fax 0211 / 88 44 20-99 [p.mertens@mertens-partner-ra.de](mailto:p.mertens@mertens-partner-ra.de)

[illegible]

Düsseldorf, [nach Akteneinsicht – frühestens 10.06.2026]

ENTWURF – NUR NACH MANDANTENFREIGABE

Amtsgericht Düsseldorf – Strafabteilung, Abt. 126 – Werdener Straße 1 40227 Düsseldorf

Betreff: Strafsache gegen Samira Albrecht – Az. 126 Cs 402 Js 1182/26 Beschränkung des Einspruchs auf die Rechtsfolgen (§ 410 Abs. 2 StPO)

**[REDACTED]**

In der oben bezeichneten Strafsache erkläre ich namens und in Vollmacht der Angeklagten Samira Albrecht:

Der mit Schriftsatz vom 20.05.2026 unbeschränkt eingelegte Einspruch wird gemäß § 410 Abs. 2 StPO auf die Rechtsfolgen beschränkt.

[illegible]

### Anträge zur Strafzumessung:

## 1. Tagessatzhöhe

Der Tagessatz wird beantragt auf 43 EUR herabzusetzen. Monatsnetto: ca. 1.692 EUR. Nach Abzug Kindesunterhalt (Düsseldorfer Tabelle 2026, Stufe 1: 393 EUR/Monat) verbleiben  $1.299 \text{ EUR} \div 30 = 43,30 \text{ EUR/Tag}$ .





| Feld                | Inhalt      |
|---------------------|-------------|
| **Erwartete Dauer** | 2–3 Stunden |

## Phase 1 – Eröffnung und Personalien (ca. 09:30–09:45 Uhr)

### Aufgaben der Verteidigung

- Vor Verhandlung: Personalien der Angeklagten mit ihr absprechen (Name, Geburtsdatum, Wohnort, Beruf, Familienstand)
- **Keine freiwillige Angabe** zu Einkommens- oder Lebensumständen vor dem Gericht, es sei denn ausdrücklich vom Gericht gefragt und nach vorheriger Abstimmung
- Hinweis an Mandantin: **Ruhig bleiben, keine spontanen Äußerungen**, auch nicht auf Aussagen von Zeugen reagieren

### Erwarteter Ablauf

1. Aufruf der Sache durch Geschäftsstelle
2. Feststellung der Anwesenheit (Angeklagte, Verteidigerin, Staatsanwaltschaft, Zeugen)
3. Entlassung der Zeugen aus dem Sitzungssaal (§ 243 Abs. 2 StPO)
4. Verlesung des Anklagesatzes / Strafbefehlsinhalts durch Gericht
5. Belehrung der Angeklagten über Aussageverweigerungsrecht (§ 243 Abs. 5 StPO)
6. **Erklärung der Verteidigung:** Mandantin macht von ihrem Schweigerecht Gebrauch oder gibt Einlassung ab (je nach Strategie nach Akteneinsicht)

## Phase 2 – Einlassung der Angeklagten (ca. 09:45–10:15 Uhr)

### Strategieoption A: Vollständige Einlassung zur Sache

Nur wenn Akteneinsicht und Mandantengespräch ergeben haben, dass eine Einlassung die Beweissituation verbessert (z.B. subjektiver Tatbestand überzeugend darstellbar). In diesem Fall:

**Zu Tat 1 (Ladendiebstahl):** > "Meine Mandantin gibt an, dass sie an dem Tag stark abgelenkt war, weil ihre Tochter krank war und sie früh von der Arbeit musste. Sie kann nicht mit Sicherheit sagen, ob sie die Artikel bewusst oder unbewusst in die Manteltasche gesteckt hat. Als ihr das im Ladendetektivbüro klar wurde, hat sie sofort und vollständig kooperiert, die Ware zurückgegeben und sich aufrichtig entschuldigt."

**Zu Tat 2 (§ 142 StGB):** > "Meine Mandantin hat beim Ausparken keinen Aufprall wahrgenommen – weder optisch noch akustisch noch durch Erschütterung. Ihr Fahrzeug (ein älterer Kleinwagen mit Stoßstangenpuffer) ist für geringe Kontakte oft nicht spürbar. Sie hat das Parkhaus verlassen, ohne zu wissen, dass es zu einem Schaden gekommen sein könnte."

### Strategieoption B: Schweigen

Wenn Einlassung das Risiko erhöht oder die Beweislage nach Akteneinsicht ungünstig ist: Mandantin macht von Schweigerecht Gebrauch. Verteidigerin gibt Erklärung ab, dass eine Einlassung nicht erfolgt. Keine Wertung durch das Gericht (§ 261 StPO).

### Vorbereitung der Mandantin (Checkliste)

- ☐ Simuliertes Mandantengespräch zu den Tatvorwürfen
- ☐ Formulierung der Einlassung in einfacher Sprache, schriftlich vorbereiten

- [ ] Einlassung mehrfach gemeinsam geübt
- [ ] Körpersprache und Ruhe besprochen
- [ ] Weinendes oder aufgewühltes Verhalten vorbereiten: Erklärung, dass Mandantin emotional reagiert, kein Schweigen erforderlich

## **Phase 3 – Beweisaufnahme: Zeugenbefragung (ca. 10:15–11:30 Uhr)**

### **Zeuge 1: Erik Neumann (Ladendetektiv)**

**Ziel:** Glaubwürdigkeit der Aussage einschränken; Sichtlücke herausarbeiten; Strafmilderungsgesichtspunkte festigen.

#### **Hauptfragen (Kurzform; vollständige Fragenliste → Datei 14):**

1. Exakte Position im Ladenlokal?
2. Sichtunterbrechung von ca. 18 Sekunden: Was genau war während dieser Zeit nicht sichtbar?
3. Können Sie definitiv ausschließen, dass die Ware bereits in der Tasche lag, als die Mandantin das Geschäft betrat?
4. Hat die Mandantin die Ware vollständig und sofort zurückgegeben?
5. Haben Sie die Entschuldigung als glaubwürdig empfunden?
6. Haben Sie schon einmal erlebt, dass jemand Ware versehentlich einsteckte?
7. Ist das Videomaterial eindeutig?

### **Zeuge 2: PHK'in Monika König (Polizei, Tatvorwurf Tat 1)**

**Ziel:** Feststellungen zu Videoauflösung und Einlassungssituation klarstellen; Verfahrensfehler prüfen.

1. Wurde die Angeklagte korrekt belehrt?
2. Hat die Angeklagte während der Belehrung geweint oder war sie erkennbar unter Schock?
3. Was hat das Video aus Ihrer Sicht konkret gezeigt?
4. Haben Sie die Originalvideodatei selbst gesehen oder nur Ausdrucke?
5. Ist die Auflösung der Originaldatei besser als die der Ausdrucke?

### **Zeuge 3 (falls geladen): Martina Fröhlich (Geschädigte, § 142 StGB)**

**Ziel:** Wahrnehmbarkeit des Kontakts aus Fahrerperspektive aufklären; Schadenshöhe hinterfragen.

1. Waren Sie beim Parkvorgang der Angeklagten anwesend?
2. Haben Sie den Kontakt selbst wahrgenommen?
3. Auf welcher Grundlage wurde die Schadenshöhe von 1.180 EUR ermittelt?
4. Hat das Autohaus die Reparatur durchgeführt, und zu welchem Preis?
5. Gibt es ein zweites Gutachten?

## **Phase 4 – Plädoyers und Antragstellung (ca. 11:30–12:00 Uhr)**

### **Erwartetes Staatsanwaltsplädoyer**

Vermutliche Anträge der Staatsanwaltschaft (Schätzung):

- Beibehaltung des Strafbefehls oder moderate Anpassung
- Tagessatz: 50–55 EUR
- Fahrverbot: 1 Monat

### **Plädoyer der Verteidigung – Gliederung**

#### **A. Zur Schuldfrage (bei unbeschränktem Einspruch):**

1. Tat 1: Zweifel am Vorsatz (Ablenkung, nicht eindeutiges Video)
2. Tat 2: Fehlende subjektive Kenntnis vom Unfall

#### **B. Zur Strafzumessung (in jedem Fall):**

1. Ersttäterin ohne Vorstrafen (BZR blank)
2. Vollständige Rückgabe der Ware, spontane Entschuldigung
3. Tiefe persönliche Betroffenheit
4. Berufliche Situation, Unterhaltspflicht (Tochter 8 J., Alleinerziehend)
5. Geringer Schaden (47,80 EUR) → § 248a StGB
6. Tagessatz-Anpassung: 43 EUR (Begründung mit Einkommensbelegen)
7. Wegfall Fahrverbot: Ersttäterin, keine Verkehrsvorbelastung, soziale Abhängigkeit

#### **C. Antrag Einstellung §§ 153, 153a StPO:**

- Primär: Einstellung ohne Auflagen (§ 153 StPO)
- Hilfsweise: Einstellung gegen Geldauflage (§ 153a StPO), z.B. 500 EUR an karitative Einrichtung
- Weiterhilfsweise: Beschränkter Freispruch zu Tat 2

## **Phase 5 – Letzte Worte und Urteilsverkündung (ca. 12:00–12:30 Uhr)**

- **Letztes Wort der Angeklagten:** Vorbereitung wichtig. Kurze, persönliche Erklärung: Bedauern, Entschuldigung, Bereitschaft zur Schadenswiedergutmachung. Keine Selbstbezeichnungen.
- Urteilsverkündung: sofort oder Termin zur Verkündung
- Bei ungünstigem Urteil: sofortige Prüfung Berufung/Revision

## **Sonstiges / Checkliste Verhandlungstag**

- ☐ Vollmacht dabei (Original)
- ☐ Einspruchsschriftsatz (Kopie)
- ☐ Akteneinsicht vollständig ausgewertet
- ☐ Einkommensbelege (Gehaltsabrechnungen, Kindergeldnachweis)
- ☐ Schadensquittung Drogerie (falls Schadenspauschale bezahlt)
- ☐ Fragenkatalog Zeugen (Datei 14)
- ☐ Robe und Ausweis RAK Düsseldorf
- ☐ Mandantin: Terminbestätigung, Kleidung, Kindbetreuung sichergestellt

Datei: 14\_zeugenbefragung\_fragenkatalog.md

## Zeugenbefragung – Vollständiger Fragenkatalog (mind. 30 Fragen)

> **Kanzlei Mertens & Partner, Rechtsanwälte** > Verteidigung Samira Albrecht – Az. 126 Cs 402 Js  
1182/26 > Verfasser: RAin Petra Mertens > Datum: 15. Juni 2026

### Vorbemerkung

Dieser Fragenkatalog dient der strukturierten Vorbereitung der Zeugenbefragungen in der Hauptverhandlung. Die Fragen sind nach Zeugen gegliedert und nach taktischer Priorität geordnet. Fragen, die primär Strafmilderungsgesichtspunkte sichern sollen, sind mit **[SM]** markiert. Fragen, die auf Entlastung abzielen, mit **[E]**. Fragen zur Glaubwürdigkeitsprüfung mit **[G]**.

### Teil A – Fragenkatalog: Erik Neumann (Ladendetektiv)

#### Grundlagen / Qualifikation

1. **[G]** Wie lange sind Sie bereits als Ladendetektiv tätig, und welche Ausbildung haben Sie absolviert?
2. **[G]** Sind Sie fest bei der Firma ProSec angestellt, oder werden Sie auf Werkvertragsbasis eingesetzt?
3. **[G]** Wie viele Stunden hatten Sie an dem fraglichen Tag zum Zeitpunkt der Beobachtung bereits gearbeitet?
4. **[G]** Sind Sie in der Beobachtung von Ladenpersonal oder Detektionskollegen an dem Tag begleitet worden, oder arbeiteten Sie alleine?

#### Beobachtungsposition und Sicht

5. **[E]** Können Sie uns Ihre genaue Standposition im Ladenlokal zum Zeitpunkt der Beobachtung beschreiben – wie weit entfernt von der Angeklagten, auf gleicher Höhe oder erhöht?
6. **[E]** Gab es Regale, andere Kunden oder Einrichtungsgegenstände, die Ihre Sichtlinie zeitweise einschränkten?
7. **[E]** Sie haben in Ihrer Vernehmung (Bl. 9 d. A.) angegeben, es habe eine Sichtunterbrechung von ca. 15–20 Sekunden gegeben. Was genau war in dieser Zeit **nicht** sichtbar?
8. **[E]** Können Sie ausschließen, dass die Artikel, die später in der Manteltasche der Angeklagten gefunden wurden, bereits vor Ihrer Beobachtungszeit dort waren?
9. **[E]** Haben Sie die Angeklagte vom Moment ihres Eintretens in das Ladenlokal an lückenlos beobachtet, oder war sie bereits im Geschäft, als Sie auf sie aufmerksam wurden?
10. **[E]** Wie war die Beleuchtungssituation im Regalgang Kosmetik an diesem Nachmittag?

#### Tathandlung / Vorsatz

11. **[E]** War das Mobiltelefon der Angeklagten während der Zeit, als sie Artikel betrachtete, in Benutzung?

12. [E] Hätte es nach Ihrer Einschätzung eine Möglichkeit gegeben, dass jemand in Gedanken oder in einer abgelenkten Situation unbewusst Artikel in einer Tasche verstaut?
13. [G] Haben Sie in Ihrer Tätigkeit bereits Fälle erlebt, in denen Personen Waren versehentlich oder in Ablenkungssituationen einsteckten und das nicht vorsätzlich taten?
14. [E] Sie berichteten, die Angeklagte habe sich beim Einstecken "umgeschaut". Kann dieses Umschauen nicht auch damit zusammenhängen, dass sie ihr Kind oder eine andere Person suchte?

### **Reaktion der Angeklagten**

15. [SM] Wie reagierte die Angeklagte, als Sie sie ansprachen?
16. [SM] Hat sie sofort kooperiert oder hat sie zunächst geleugnet oder Widerstand geleistet?
17. [SM] Wie würden Sie ihre Entschuldigung beschreiben – wirkten ihre Reue und Erschrockenheit aufrichtig?
18. [SM] Hat sie die Ware vollständig und ohne Aufforderung zurückgegeben?
19. [SM] Hat die Angeklagte nach Ihrer Einschätzung ein erneutes Auftreten als Ladendieb oder eine professionelle Vorgehensweise gezeigt?

### **Videomaterial**

20. [E] Sie haben den Vorgang in Ihrem Bericht als auf Video erkennbar beschrieben. Haben Sie die Originalvideodatei selbst vollständig gesichtet?
21. [E] War das auf dem Video zu sehende Bild ausreichend scharf, um zweifelsfrei das Einstecken der Waren zu erkennen?
22. [E] Ist auf dem Video zu erkennen, in welche Tasche die Artikel gesteckt wurden?

## **Teil B – Fragenkatalog: PHK'in Monika König (Polizei KK 32)**

### **Vernehmungssituation**

23. [G] Haben Sie die Angeklagte am Tatort oder auf dem Polizeipräsidium vernommen?
24. [G] Zu welcher Uhrzeit begann die Vernehmung, und wie lange dauerte sie?
25. [G] In welchem emotionalen Zustand befand sich die Angeklagte bei der Belehrung?

### **Belehrung und Aussage**

26. [E] Wurde die Angeklagte vollständig und verständlich über ihr Schweigerecht belehrt (§ 136 Abs. 1 StPO)?
27. [E] Hatte die Angeklagte die Möglichkeit, vor der Vernehmung einen Anwalt zu kontaktieren?
28. [E] Ist die Äußerung der Angeklagten "Ich habe das nicht so gewollt" ausdrücklich als Geständnis protokolliert worden, oder als nicht weiter erläuterte Spontanäußerung?

### **Videoauswertung**

29. [E] Haben Sie die Originalvideodatei der Drogerie vollständig gesichtet, oder nur Standbilder?
30. [E] War auf dem Video in der Originalauflösung der Einsteckvorgang eindeutig erkennbar – also ohne jeden Zweifel?
31. [E] Können Sie mit Sicherheit sagen, welche der auf den Lichtbildern erkennbaren Bewegungen der Angeklagten das Einstecken der Ware darstellten?

## § 142 StGB – Unfallermittlung

32. [E] Haben Sie das Parkhaus selbst aufgesucht oder die Ermittlungen von KVD 6 nur übernommen?
33. [E] Ist auf dem Parkhausvideo der Moment des Kontakts der Fahrzeuge eindeutig erkennbar?
34. [E] Gibt es Zeugen, die den Unfall beobachtet haben und die Angeklagte am Steuer identifizierten?
35. [E] Auf welcher Grundlage wurden die Fahrerinnen identifiziert – lediglich über die Halterfeststellung beim KBA?
36. [E] Gibt es irgendein Beweismittel dafür, dass die Angeklagte den Kontakt wahrgenommen hat?

## Teil C – Fragenkatalog: Martina Fröhlich (Geschädigte, § 142 StGB) – falls geladen

37. [E] War Sie zum Zeitpunkt des behaupteten Unfalls selbst auf dem Parkdeck anwesend?
38. [E] Hat sie den Kontakt der Fahrzeuge selbst wahrgenommen oder erst später die Beschädigung bemerkt?
39. [E] Wann genau hat sie die Beschädigung an ihrem Fahrzeug festgestellt?
40. [G] Gab es vor dem behaupteten Unfall bereits Beschädigungen an der Stoßstange ihres Fahrzeugs?
41. [E] Auf welcher Grundlage wurde die Schadenshöhe von 1.180 EUR ermittelt – ein Gutachten oder nur ein Kostenvoranschlag?
42. [E] Wurde das Fahrzeug tatsächlich repariert, und zu welchem Endpreis?
43. [E] Hat die Zeugin Fotos vom Schadensbereich gemacht, und wenn ja, vor oder nach dem angeblichen Kontakt?

## Taktische Hinweise zur Befragung

- Fragen **kurz und klar** formulieren – keine Mehrfachfragen.
- Bei günstigen Antworten: **sofort nachhaken** und in das Protokoll aufnehmen lassen.
- Bei ungünstigen Antworten: **nicht eskalieren**, Themenwechsel.
- Alle Antworten, die Rückgabe / Entschuldigung / keine Professionalität bestätigen: als Strafmilderung für Plädoyer verwenden.
- Sichtlücke Neumann (Fragen 7–8): Kernargument für Zweifel am Vorsatz.
- Videoqualität (Fragen 20–22, 29–31): Grundlage für Beweisantrag auf Inaugenscheinnahme der Originalvideodatei in der Hauptverhandlung.

\*Fragenkatalog erstellt: RAin Petra Mertens, 15.06.2026\*

\*Aktenablage: M&P/2026/STR-0047/HV-Vorbereitung\*

Datei: 15\_einstellungsstrategie\_153\_153a.md

## Einstellungsstrategie – §§ 153, 153a StPO

## 1. Ausgangslage

In der Strafsache gegen **Samira Albrecht** wurde Einspruch gegen den Strafbefehl vom 08.05.2026 (60 Tagessätze à 55 EUR + 1 Monat Fahrverbot) eingelegt. Das Verfahren geht nunmehr in die Hauptverhandlung. Ziel der Verteidigung ist die Einstellung des Verfahrens, zumindest in wesentlichen Teilen, vor oder in der Verhandlung.

Dieses Strategiepapier analysiert die Voraussetzungen, Erfolgsaussichten und die optimale Vorgehensweise für eine Einstellung nach §§ 153, 153a StPO, ggf. auch nach § 153b StPO.

## 2. Rechtsgrundlagen

### § 153 StPO – Einstellung wegen Geringfügigkeit (ohne Auflagen)

#### Voraussetzungen:

- Vergehen (kein Verbrechen)
- Schuld des Täters wäre als gering anzusehen
- Kein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung
- Zustimmung des Beschuldigten und des Gerichts (nach Einspruch: Gericht entscheidet; StA kann zustimmen)

#### Keine Zustimmung der StA erforderlich wenn:

- Das Verfahren noch bei StA anhängig (§ 153 Abs. 1 StPO): StA allein
- Im gerichtlichen Verfahren (nach Einspruch): StA **und** Gericht müssen zustimmen (§ 153 Abs. 2 StPO)

### § 153a StPO – Einstellung gegen Auflagen

#### Voraussetzungen:

- Vergehen
- Schwere der Schuld steht einer Einstellung nicht entgegen
- Öffentliches Interesse kann durch Auflagen befriedigt werden
- Erfüllung der Auflagen durch Beschuldigten (innerhalb gesetzter Frist)
- Zustimmung StA und Gericht (im gerichtlichen Verfahren)

#### Typische Auflagen:

- Geldzahlung an gemeinnützige Einrichtung oder Staatskasse
- Schadensersatz / Schadenswiedergutmachung an Geschädigte
- Gemeinnützige Arbeit
- Teilnahme an Kurs oder Beratung

## 3. Analyse – Tat 1 (Ladendiebstahl, §§ 242, 248a StGB)

## Argumente für Einstellung

| Argument                                                                                | Gewicht           |
|-----------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|
| Warenwert 47,80 EUR<br>→ Grenzwert § 248a StGB (geringwertig)                           | <b>**hoch**</b>   |
| Keine Vorstrafen (BZR blank)                                                            | <b>**hoch**</b>   |
| Vollständige, spontane Rückgabe der Ware                                                | <b>**hoch**</b>   |
| Ausdrückliche Entschuldigung beim Ladendetektiv                                         | <b>**mittel**</b> |
| Mandantin in psychischer Ausnahmesituation (erkrankte Tochter)                          | mittel            |
| Berufliche und soziale Betroffenheit (Ersttäterin, Probezeit, Kind)                     | mittel            |
| Ladendetektiv schildert Reue als glaubwürdig                                            | mittel            |
| Videobeweise nicht eindeutig                                                            | mittel            |
| Antrag auf Schadenswiedergutmachung: Zahlung Schadenspauschale 50 EUR bereits angeboten | mittel            |
| Strafantrag nach § 248a StGB gestellt, aber Rücknahme praktisch ausgeschlossen          | neutral           |

## Argumente gegen Einstellung

| Argument                                                     | Bewertung                                        |
|--------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| Vier separate Artikel eingesteckt (kein einmaliges Versehen) | Gegner: gering (Detektivaussage aber angreifbar) |



| Argument                                                                 | Bewertung      |
|--------------------------------------------------------------------------|----------------|
| Strafbefehl wurde bereits erlassen (Gericht hat Unrechtgehalt gewichtet) | Gegner: mittel |

**Einschätzung:** Einstellung nach § 153 StPO (ohne Auflagen) ist ambitioniert, aber argumentierbar bei konsequenter Darstellung der Ersttäterinnensituation. **Einstellung nach § 153a StPO** gegen eine Geldauflage von 300–500 EUR ist **gut begründbar und realistisch**.

## 4. Analyse – Tat 2 (Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort, § 142 StGB)

### Argumente für Einstellung

| Argument                                                                        | Gewicht         |
|---------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| Subjektiver Tatbestand unklar: Hat Mandantin Unfall wahrgenommen?               | <b>**hoch**</b> |
| Videoaufnahme zeigt keinen eindeutigen Kontakt aus Fahrerperspektive            | <b>**hoch**</b> |
| Kein Zeuge vorhanden                                                            | <b>**hoch**</b> |
| Kein früheres Verkehrsdelikt (FAER: 0 Punkte, kein Fahrverbot)                  | mittel          |
| Keine Fahrerflucht-Mentalität (Mandantin ist keine Wiederholungstäterin)        | mittel          |
| Schadenshöhe 1.180 EUR: Stoßstangenschäden auch durch minimale Kontakte möglich | mittel          |
| Mandantin hat Zeugenfragebogen nicht ausgefüllt – kein Geständnis               | neutral         |

### Argumente gegen Einstellung

| Argument                                                           | Bewertung                                            |
|--------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------|
| Schadenshöhe über Bagatellgrenze (§ 69 Abs. 2 Nr. 3 StGB-Analogie) | Gegner: mittel                                       |
| Fahrzeug per KBA eindeutig identifiziert                           | Gegner: gering (Halten ≠ Fahren zum Unfallzeitpunkt) |

**Einschätzung:** Deutlich bessere Chancen auf Einstellung als Tat 1, da der Tatbestand den nachgewiesenen Vorsatz der Kenntnis voraussetzt. Beweislage schützt die Mandantin.

## 5. Gesamtstrategie

### Primärziel: Einstellung beider Taten nach § 153a StPO

#### Vorgehen:

1. **Vorabkontakt mit Staatsanwaltschaft** vor der Hauptverhandlung (Telefon oder schriftliche Anfrage an StA'in Dr. Rohloff):

- Darstellung der Erstattersituation - Angebot der Mandantin zur freiwilligen Zahlung einer Geldauflage - Nachweis Wiedergutmachung Tat 1 (Schadenspauschale 50 EUR bezahlt) - Darlegung fehlender Beweise für Vorsatz bei Tat 2

2. **Antrag in der Hauptverhandlung** (§ 153a Abs. 2 StPO):

- Formeller Antrag auf Einstellung - Überreichung Einkommensbelege (mildernde Strafzumessung unterstützt Einstellungsargument) - Angebot: 500 EUR Geldauflage an gemeinnützige Einrichtung (Kindertafel Düsseldorf e.V.) - Angebot: Zusätzlich vollständiger Schadensersatz an Geschädigte Fröhlich (1.180 EUR) als Auflage, falls § 142 StGB nicht eingestellt

3. **Trennung der Tatkomplexe:** Antrag auf getrennte Behandlung – Tat 1 nach § 153 StPO einstellen (Geringwertigkeit, Rückgabe), Tat 2 nach § 153a StPO mit moderater Geldauflage.

### Sekundärziel: Erhebliche Reduzierung der Strafe

Wenn Einstellung scheitert:

- Tagessatz: 43 EUR (statt 55 EUR)
- Tagessatzzahl: 40–45 Tagessätze (statt 60)
- Fahrverbot: wegfallen oder auf Vollstreckungsaufschub beschränken

## 6. Zeitplan

| Maßnahme                               | Datum      |
|----------------------------------------|------------|
| Akteneinsicht vollständig ausgewertet  | 05.06.2026 |
| Kontakt StA'in Dr. Rohloff (Telefonat) | 09.06.2026 |

| Maßnahme                                                    | Datum      |
|-------------------------------------------------------------|------------|
| Schadensersatz<br>Drogerie überweisen<br>(50 EUR Pauschale) | 10.06.2026 |
| Ggf. Schadensersatz<br>Fröhlich vorbereiten<br>(1.180 EUR)  | auf Abruf  |
| Schriftliche<br>Anfrage/Antrag an StA<br>re § 153a          | 12.06.2026 |
| Hauptverhandlung                                            | 08.07.2026 |

## 7. Mandantenbelehrung (Protokoll)

Die Mandantin wurde am 24.05.2026 ausführlich über folgende Punkte belehrt:

- Einstellung nach § 153 StPO: kein Eintrag ins BZR
- Einstellung nach § 153a StPO: kein Eintrag ins BZR
- Unterschied zu Verurteilung: BZR-Eintrag (nicht Führungszeugnis bei 60 TS), aber psychologisch belastend
- Kosten einer Hauptverhandlung und mögliche weitere Verfahrensgebühren
- Empfehlung: Schadenspauschale an Drogerie zahlen und in Verhandlung bringen

Die Mandantin hat zugestimmt, die Schadenspauschale von 50 EUR zu überweisen. Beleg zu den Akten nehmen.

\*Strategiepapier RAin Petra Mertens, Kanzlei Mertens & Partner, 26.05.2026 / 15.06.2026\*

\*Vertraulich – nur für interne Kanzleiverwendung\*

Datei: 16\_wiedereinsetzung\_notfall.md

## Wiedereinsetzungsantrag in den vorigen Stand – Notfallschriftsatz

> **Kanzlei Mertens & Partner, Rechtsanwälte** > Königsallee 47 · 40212 Düsseldorf > Tel.: 0211 / 88 44 20-0 · Fax: 0211 / 88 44 20-99

**ENTWURF – NUR BEI VERSÄUMTER EINSPRUCHSFRIST VERWENDEN**

**Stand: 20.05.2026 (Notfallvariante; tatsächlich Einspruch rechtzeitig eingereicht)**

Düsseldorf, [Datum der Antragstellung]

**Per Telefax (vorab) und Einwurf-Einschreiben**

**Amtsgericht Düsseldorf – Strafabteilung, Abt. 126 – Werdener Straße 1 40227 Düsseldorf**

**Az.: 126 Cs 402 Js 1182/26**

## **Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand**

In der Strafsache gegen

> **Samira Albrecht** > geboren am 14. März 1991 > wohnhaft: Kasernenstraße 14, 40213 Düsseldorf

wegen Diebstahls und unerlaubten Entfernens vom Unfallort beantrage ich namens und in Vollmacht der Angeklagten

### **WIEDEREINSETZUNG IN DEN VORIGEN STAND**

hinsichtlich der Frist zur Einlegung des Einspruchs gegen den Strafbefehl des Amtsgerichts Düsseldorf vom 08. Mai 2026 gemäß **§§ 44, 45 StPO**.

Gleichzeitig lege ich

### **EINSPRUCH**

gegen den vorbezeichneten Strafbefehl ein (§ 410 Abs. 1 StPO). Der Einspruch wird unbeschränkt eingelegt.

## **Begründung des Wiedereinsetzungsantrags**

### **I. Darstellung des Sachverhalts**

Die Angeklagte erhielt den Strafbefehl des Amtsgerichts Düsseldorf vom 08.05.2026 nach Aktenlage durch Postzustellungsurkunde am **10. Mai 2026** zugestellt. Die Einspruchsfrist von zwei Wochen lief rechnerisch am **24. Mai 2026** (Sonntag) ab, verlängert nach § 43 Abs. 2 StPO auf den **25. Mai 2026** (Montag).

Die Angeklagte hat die Frist schuldlos versäumt, weil **[VARIANTE A / B / C einsetzen – je nach Sachverhalt]**:

#### **[VARIANTE A: Krankheit]**

Die Angeklagte war in der Zeit vom [Datum] bis [Datum] arbeitsunfähig erkrankt und war wegen ihrer Erkrankung nicht in der Lage, ihren Briefkasten zu leeren oder eingehende Post zur Kenntnis zu nehmen. Die ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (Anlage 2) belegt die Erkrankung. Die Angeklagte entnahm den Briefkasten erst am [Datum], als sie wieder in der Lage war, ihre Wohnung zu verlassen. Zu diesem Zeitpunkt war die Einspruchsfrist bereits abgelaufen.

#### **[VARIANTE B: Falsche Zustellungsangabe / Briefkastenirrtum]**

Die Postzustellungsurkunde gibt als Zustellungsdatum den [Datum] an. Tatsächlich hat die Angeklagte den Umschlag frühestens am [Datum] aus dem Briefkasten entnommen. Dies ergibt sich daraus, dass der gelbe Einschreibeumschlag unter einem größeren Stapel normaler Post lag, den die Angeklagte erst beim Aufräumen der eingegangenen Post am [Datum] vollständig durchsortierte. Dieser Irrtum über den tatsächlichen Briefkasteninhalt stellt ein unverschuldetes Hindernis dar (vgl. BGH, Beschluss vom 14.02.2019, 4 StR 462/18: schuldloses Versehen beim Postempfang).

#### **[VARIANTE C: Urlaub / Abwesenheit]**

Die Angeklagte befand sich vom [Datum] bis [Datum] nachweislich außerhalb ihrer Wohnung [z.B. im Urlaub, Krankenhausaufenthalt, dringende Reise aus familiärem Anlass]. Der Strafbefehl wurde in ihrer Abwesenheit durch Einwurf in den Briefkasten zugestellt. Nach ihrer Rückkehr am [Datum] nahm sie den Umschlag erstmals zur Kenntnis. Bis dahin waren keine zumutbaren organisatorischen Maßnahmen zur Postkontrolle möglich gewesen. [Belege: Reiseunterlagen, Hotelquittung, Krankenhausbericht, Anlage 3]

## II. Rechtzeitigkeit des Antrags

Gemäß § 45 Abs. 1 StPO ist der Wiedereinsetzungsantrag binnen einer Woche nach Wegfall des Hindernisses zu stellen. Der Angeklagten wurde erst am **[Datum des tatsächlichen Kenntniserlangung]** das Versäumnis der Einspruchsfrist bekannt. Dieser Antrag wird am **[Datum des heutigen Schriftsatzes]** gestellt und ist damit **fristgerecht**.

## III. Schuldlosigkeit

Die Angeklagte trifft kein Verschulden am Fristversäumnis. Sie hat nicht etwa leichtfertig auf die Lektüre amtlicher Post verzichtet, sondern war aus dem dargelegten Grund objektiv außerstande, die Frist zu wahren. Das Hindernis war weder vorhersehbar noch vermeidbar.

## Gleichzeitig eingelegter Einspruch

Gemäß § 45 Abs. 2 Satz 2 StPO ist die versäumte Prozesshandlung – hier der Einspruch gegen den Strafbefehl – gleichzeitig mit dem Wiedereinsetzungsantrag nachzuholen. Dies geschieht mit diesem Schriftsatz.

Der Einspruch wird **unbeschränkt** eingelegt. Eine Begründung bleibt nach Akteneinsicht vorbehalten.

## Anträge

Es wird beantragt:

1. Der Angeklagten **Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** hinsichtlich der Einspruchsfrist gegen den Strafbefehl vom 08.05.2026 zu gewähren.
2. Den gleichzeitig eingelegten **Einspruch** gegen den Strafbefehl als zulässig und fristgerecht zu behandeln.
3. Das Verfahren fortzusetzen und einen Hauptverhandlungstermin anzuberaumen.

## Anlagen-Liste

| Nr. | Anlage                                               | Inhalt                            |
|-----|------------------------------------------------------|-----------------------------------|
| 1   | Vollmacht der Angeklagten (Original)                 | Mandatierung RAin Mertens         |
| 2   | Ärztliche AU-Bescheinigung [Datum–Datum]             | Krankheitsnachweis (Variante A)   |
| 3   | Reiseunterlagen / Hotelquittung / Krankenhausbericht | Abwesenheitsnachweis (Variante C) |
| 4   | Fotografie Umschlag (Vorder- und Rückseite)          | Dokumentation Zustellungsumstand  |

| Nr. | Anlage                                    | Inhalt                                          |
|-----|-------------------------------------------|-------------------------------------------------|
| 5   | Eidesstattliche Erklärung der Angeklagten | Eigener Bericht über Kenntnisnahme der Post     |
| 6   | Chatverlauf (Auszug, WhatsApp)            | Ggf. Nachweis Kommunikation während Abwesenheit |
| 7   | Kopie des Strafbefehls vom 08.05.2026     | Zur Referenz                                    |

## Hinweise für die Kanzlei (intern)

- Dieser Schriftsatz ist ein **Notfallformular** und wurde aufbereitet, obwohl tatsächlich rechtzeitig Einspruch eingelegt wurde (am 20.05.2026).
- Er dient der Lernakte: Studierende/Praktikanten sollen verstehen, wie ein Wiedereinsetzungsantrag nach § 44 StPO aufgebaut ist.
- **Wichtig:** Auf Variante A, B oder C ist in der konkreten Mandatssituation dezidiert einzugehen. Eine Wiedereinsetzung ohne konkretes, glaubhaft gemachtes Hindernis wird abgelehnt.
- Rechtsprechungshinweise: BGH NStZ 2017, 418; OLG Köln, Beschluss vom 22.08.2018, 1 RVs 181/18; BVerfG NJW 2004, 2887 (Sorgfaltspflicht Rechtsanwalt vs. Mandant).
- Das Verschulden des Verteidigers wird dem Mandanten zugerechnet (§ 85 Abs. 2 ZPO analog; st. Rspr.). Wenn die Frist durch Anwaltsfehler versäumt wurde, ist eine Wiedereinsetzung deutlich schwieriger. Dann greift ggf. Regresshaftung.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

`` Petra Mertens Rechtsanwältin Fachanwältin für Strafrecht ``

|                   |                       |
|-------------------|-----------------------|
| Aktenzeichen      | 126 Cs 402 Js 1182/26 |
| Ausstellungsdatum | 08. Mai 2026          |





Eine Einlassung meiner Mandantin bleibt nach Akteneinsicht ausdrücklich vorbehalten (§ 136 Abs. 1 Satz 2 StPO).

**[REDACTED]**

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Petra Mertens Rechtsanwältin · Fachanwältin für Strafrecht

### Anlage 1: Vollmacht der Angeklagten Samira Albrecht (Original)

Anlage 2: Kopie Einspruch vom 20.05.2026

**Datei:** 11\_einspruch\_entwurf\_unbeschraenkt.docx

Kanzlei Mertens & Partner · Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte Königsallee 47 · 40212 Düsseldorf  
Tel. 0211 / 88 44 20-0 · Fax 0211 / 88 44 20-99 [p.mertens@mertens-partner-ra.de](mailto:p.mertens@mertens-partner-ra.de)

[illegible]

Düsseldorf, 20. Mai 2026

Per Telefax 0211 / 8306-5126 (vorab) und Einwurf-Einschreiben

Amtsgericht Düsseldorf – Strafabteilung, Abt. 126 – Werdener Straße 1 40227 Düsseldorf

Betreff: Strafsache gegen Samira Albrecht Az.: 126 Cs 402 Js 1182/26

[illegible]

## EINSPRUCH

In der Strafsache gegen Samira Albrecht, geb. 14.03.1991, Kasernestraße 14, 40213 Düsseldorf, lege ich namens und in Vollmacht der Angeklagten gegen den

Strafbefehl des Amtsgerichts Düsseldorf vom 08. Mai 2026 (Az. 126 Cs 402 Js 1182/26)

hiermit form- und fristgerecht

## EINSPRUCH

ein.

[illegible]

Der Einspruch wird unbeschränkt eingelegt. Er richtet sich gegen Schuldspruch und Rechtsfolgen in ihrer Gesamtheit. Eine Begründung bleibt nach Akteneinsicht vorbehalten.

Vorläufige Hinweise:

Tat 1 (§§ 242, 248a StGB): Der Zueignungsvorsatz ist bestreitbar. Die Angeklagte befand sich in einer psychischen Ausnahmesituation. Das Videomaterial ist nach Aktenlage nicht eindeutig. Die Ware wurde vollständig zurückgegeben; die Angeklagte entschuldigte sich spontan. Der Tagessatz von 55 EUR erscheint überhöht (berechnet: 43 EUR nach Abzug Kindesunterhalt).

Tat 2 (§ 142 StGB): Der Vorsatz (Unfallkenntnis) ist nicht nachgewiesen. Das Parkhausvideo zeigt keinen eindeutigen Kontakt aus Fahrerperspektive.



Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Petra Mertens Rechtsanwältin · Fachanwältin für Strafrecht

Anlagen 1–5: Vollmacht, Gehaltsabrechnungen, Kindergeldnachweis

|                                               |                    |
|-----------------------------------------------|--------------------|
| Monatsnetto                                   | 1.692 EUR          |
| – Kindesunterhalt (Düsseldorfer Tabelle 2026) | – 393 EUR          |
| Bereinigtes Einkommen                         | 1.299 EUR          |
| ÷ 30 Tage = Tagessatz                         | 43,30 EUR → 43 EUR |